

Volkswacht

für Schlessen • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5; Wallblatstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.43 Rml., monatlich 1.55 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rml. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. außerhalb 22 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer raffen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 212 57 und 212 59, Redaktion Nr. 212 58. Postfachkonto: Breslau 3852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Logenstellen und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 27. April 1932

Nr. 98

Neuer Landtag am 24. Mai

Einberufung vom preussischen Kabinett beschlossen Dann wird das Kabinett zurücktreten

Amlich wird mitgeteilt:

Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai dieses Jahres einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 50 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist, abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des alten Landtages bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages kann den Termin nicht verschieben, denn der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes endgültiges Wahlergebnis zusammen mit den Ausnahmeverordnungen der einzelnen Abgeordneten vorliegt.

Gemäß § 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zu Abgeordneten vorgeschlagen werden. Denn, während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der

Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste der Entscheidung der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstellige Entscheidungsliste der Parteien abwarten, ehe er an einzelne Abgeordnete mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl aus der Landesliste annehmen.

Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch unmittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

Noch keine Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages besaßte sich am Dienstag in Gegenwart maßgebender preussischer Zentrumsmitglieder mit der politischen Lage nach den Landtagswahlen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das preussische Zentrum dürfte jedoch von sich aus keinerlei Schritte zur Neubildung einer Regierung unternehmen. Es scheint entschlossen, den Gang der Dinge in Ruhe abzuwarten bzw. sie an sich herantommen zu lassen.

Entgegen anderslautenden Meldungen stellt die „Germania“ in ihrer Mittwoch-Ausgabe fest, daß zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten bisher keine Verhandlungen begonnen haben und auch keine Fühlungnahme erfolgt sei. Weiter sei zu sagen, daß die Nazis des Zentrumsführers Hans Koch nach Berlin bereits seit langem für die Woche folgende und ein außerordentlicher preussischer Parteitag nicht geplant sei.

Am 9. Mai neue Reichstags-Lagung

Einberufung vom Reichsrat beschlossen — Erste Lesung des Stats Nazis wollen Auflösung beantragen

Der Reichsrat des Reichstages beschloß, den Reichstag zu Montag den 9. Mai wieder einzuberufen. Ein von den Kommunisten und Nationalsozialisten beantragter früherer Zusammentritt am 2. Mai wurde abgelehnt.

Auf die Tagesordnung der Reichstags-Sitzung soll der Entwurf des Schuldentilgungsgesetzes gestellt werden. Reichsfinanzminister Dietrich wird eine Schilderung der allgemeinen Finanzlage geben, die der Vorbereitung der Etatsberatung dienen soll. Daran wird sich eine mehrtägige Aussprache knüpfen. Die Reichsregierung hat zugesagt, den Etat für 1932 gleichzeitig an den Reichsrat und an den Reichstag gelangen zu lassen, so daß er bei der Reichstagsverhandlung in erster Lesung beraten werden kann. Anträge der Parteien werden ebenfalls mit der Tagesordnung verbunden. Von den National-

sozialisten ist ein Antrag auf Auflösung des Reichstages und ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über das S.A.-Verbot zu erwarten.

Präsident Loh teilte dem Reichsrat mit, daß von der nationalsozialistischen Fraktion ein Protest gegen die Verfassung des Kölner nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Vogt, der in seiner Trunkenheit auf der sozialdemokratischen Abgeordneten Wels einen Überfall organisierte, eingegangen sei. Bemerkenswert war, daß weder der Abg. Fried noch der Abg. Goering, die beiden Parteifreunde des Herrn Vogt, es wagten, sich für dieses Verhalten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion einzusetzen. Aus den übrigen Mitteilungen von Loh war interessant, daß beim Reichstag inzwischen wieder 220 Gesuche auf Aufhebung der Immunität eingegangen sind.

Kein Verbot des Reichsbanners

Groener bei Hindenburg — Reichsregierung lehnt Verbot ab Kein „Material“ gegen das Reichsbanner vorhanden

Der Reichspräsident empfing am Dienstag-Nachmittag den Reichsminister des Innern Dr. Groener zum Vortrag über das „Material“ gegen das Reichsbanner. Groener teilte dem Reichspräsidenten zugleich im Namen des Reichsanzlers mit, daß das „Material“ gegen das Reichsbanner zu Maßnahmen gegen diese Organisation keinerlei Veranlassung biete. Ihren formellen Einspruch gegen die Anträge gegen das Reichsbanner jedoch erst nach der Rückkehr des Reichsanzlers nach Berlin durch eine amtliche Erklärung finden, nach der Reichspräsident und Reichsregierung nicht gegen das Reichsbanner vorzugehen gedenken.

ist. MacDonald wird bis Montag nächster Woche in Genf bleiben. Brünning beabsichtigt, seinen Aufenthalt evtl. bis Mitte nächster Woche auszudehnen.

Die Lausanner Konferenz wird am 16. Juni beginnen. Die an ihr beteiligten Regierungen haben sich mit dem Termin bereits einverstanden erklärt. Außer den Signatarmächten des Haager Abkommens werden in Lausanne auch die Donaumächte vertreten sein.

Mandschurei bittet Japan um Hilfe

London, 27. April. (Eig. Drahtbericht.) Die mandschurische Regierung hat das japanische Oberkommando in einem nach Tokio gesandten Telegramm um militärische Unterstützung gebeten. Sie erklärt, ihre Armee sei noch nicht genug organisiert, um gegen die russischen Kämpfer zu können. Die mandschurische Polizei hat mehrere Chinesen verhaftet, die mit den russischen Mitgliedern des Militärverbands auszusuchen in Verbindung stehen. Nach der Ansicht des ehemaligen chinesischen Außenministers, Wangfung, von der Mandschurei-Kommission anerkannt, ist verhaftet worden. Er wurde jedoch aus der Kommission der Kommission nicht freigegeben, unter der Bedingung, daß er den mandschurischen Behörden nicht wieder beistehen dürfe.

Lausanner Konferenz am 16. Juni

Genf, 26. April. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag fand zwischen dem Reichsanzler dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald eine Besprechung statt, die hauptsächlich der Abrüstungsfrage und der Gestaltung der Lausanner Konferenz diente. Man hofft in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß es möglich sein wird, besonders hinsichtlich der noch nicht gelösten prinzipiellen Streitfragen zu einer Vereinbarung zu gelangen, sobald Latvieu am Donnerstag nach Genf zurückkehrt.

Stimmenwechsel in Preußen

Von Ernst Hamburger
Die politische Lage in Preußen ist durch folgende Ergebnisse der Landtagswahl gekennzeichnet:
Die Parteien der Weimarer Koalition, die bisher mit 51 Prozent die Mehrheit des Landtags gestellt und das Kabinett gebildet haben, sind in die Minderheit gedrängt worden. Sie machen heute mit 162 Mandaten knapp 39 Prozent aus.

Die Opposition setzte sich aus zwei wesensverschiedenen Gruppen zusammen. Von diesen Gruppen hat die Kommunistische Partei nicht vermocht, einen Erfolg zu erringen. Auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, bei der im Wahljahr des Jahres 1928 haben die Kommunisten 36 von 450 Mandaten im Landtage errungen. In den Aprilwahlen des Jahres 1932, inmitten der tiefsten Wirtschaftskrise haben sie 57 von 422 Mandaten erlangt. Sie stellen im alten Landtag 12 1/2 Prozent, im neuen Landtag 13 1/2 Prozent der Abgeordneten. Ihre Bemühungen, die „objektiv günstigen“ Voraussetzungen für ihren Erfolg auszuwerten, sind gescheitert.

Die Opposition der Rechten hat ihren Anteil an der Stimmen- und Mandatszahl von knapp 37 Prozent auf 47 Prozent zu steigern vermocht. Die Gruppen der gemäßigten Rechten sind von den Nationalsozialisten vernichtet worden. Diese sind mit 162 Abgeordneten die stärkste Partei und haben 36 Prozent der Wähler und fast 30 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich.

Die bisherigen Regierungsparteien sind zur Minderheit geworden; die beiden allein noch vorhandenen Parteien der Rechten, die Nationalsozialisten und die Deutsch-Nationalen sind nicht zur Mehrheit geworden. Die Wähler in Preußen haben der Preussischen Regierung die Mehrheit genommen, aber sie haben sie Hilfer und Eugen Berg nicht gegeben. Auch wenn man nicht nur die sieben Volksparteien, sondern auch die zwei Christlich-Sozialen und den Hannoveraner bedingungslos zur Rechten zählt, bleibt sie mit neun Stimmen unter der Hälfte und um 19 Stimmen schwächer als die übrigen Parteien zusammen.

Das Preussische Staatsministerium hat aus dieser Lage 24 Stunden nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses die Folgerungen gezogen. Es hat beschlossen, dem zum 24. Mai einzuberufenden neuen Landtag seinen Rücktritt als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen mitzuteilen. Der Ermahnungen der Opposition zu diesem Schritt bedurfte es nicht. Die Preussische Regierung hat seit dem Jahre 1919 streng verfassungsmäßig regiert; es konnte kein Zweifel bestehen, daß sie in jeder Situation auf dem Boden der Verfassung stehen und entsprechend handeln würde. Nach der Verfassung richtet sich auch ihr Verbleiben im Amt als Geschäftsministerium. Auf Grund des Art. 50 der Verfassung ist sie verpflichtet, bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ihr Amt weiterzuführen; nicht einen Tag länger will und wird sie amtieren.

Die weiteren Folgerungen aus dem Wahlausfall haben die Nationalsozialisten als größte Partei des Landes zu ziehen. Sie haben ihre Bereitschaft und ihren Willen zur Regierungsübernahme in Preußen verkündet. Sie wollen also offenbar Schritte zur Bildung einer Regierung in Preußen tun, die eine Mehrheit des Landtages hinter sich hat. Denn auch sie haben sich den demokratischen Bestimmungen der Verfassung für die Regierungsbildung zu unterwerfen, genau wie es das Kabinett Braun getan hat. Die Nationalsozialisten sind in der scheinbar günstigen Lage, von zwei tatsächlichen Möglichkeiten Gebrauch machen zu können. Sie können entweder auf eine Regierung der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Zentrums loszusehen, die 260 von 422 Abgeordneten hinter sich haben müßte. Sie können aber auch ein Kabinett der Nationalsozialisten und des Zentrums allein in bilden versuchen, das 229 von 422 Abgeordneten umfassen würde. Möglicherweise einer anderen Mehrheitsbildung, die praktisch in Frage kommen, sind in dem neuen Landtag nicht gegeben.

Diese Überlegung zeigt, daß zu einer Mehrheitsbildung in Preußen zwar die Nationalsozialisten und das Zentrum unentbehrlich sind, nicht aber die Deutschnationalen. Die Möglichkeit des Herrn Eugen Berg in der Voraussetzung politischer Situationen und in der politischen Lücke erübrigt eine neue Bestätigung.

Die Meldungen der Reichsregierung, daß bereits sieben Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die künftige Regierungsbildung stattgefunden hätten, treffen nicht zu. Jedenfalls ist über mit diesen Verhandlungen zusammenhängende Verhandlungen über die Bildung eines Kabinetts in Preußen noch nichts bekannt.

Parteien, die es zustande bringen könnten, stattfinden. Die Sozialdemokratie wird diese Verhandlungen aufmerksam beobachten und verfolgen. ...

Die Sozialdemokratie hat in Preußen im September 1930 5 Millionen Wähler gehabt. Sie hatte im April 1932 4,7 Millionen Wähler. ...

Die Sozialdemokratie bleibt politisch in höchster Klirrität. Aber parlamentarisch handeln wollen und müssen jetzt zunächst die Nationalsozialisten. ...

Vaben gegen Brüning

Der Chefredakteur der „Germania“, Dr. Buchla, ist auf Beschluss des Aufsichtsrates bis auf weiteres beurlaubt worden und wird Ende 1932 mit Ablauf seines Vertrages endgültig aus der Redaktion ausscheiden. ...

Stoppes verbietet Maidemonstration

Auch öffentliche Versammlung der SPD. verboten. Braunschweig, 26. April. (Wagner-Drohbericht.) ...

Stuhhandel um die Reichsregierung in Unhalt

Die Reichsparteien des Anhaltischen Landtages händeln bereits eifrig über die von ihnen zu bildende Regierung. ...

Wer sind die Sieger?

Von Paul Föbe.

Der Schwachsinn am 24. April brachte die Anzahl der Stimmen, die für ein weiteres Warten auf die Entscheidung war — je schwerer der Kampf wird, um so schwerer wird es die Dingen zu tun sehen.

Das Wahlergebnis am 24. April ist die Vereinfachung der Parteienlandschaft in Deutschland. ...

Die Rechte gebürdet sich in ihrem nationalsozialistischen Teil früher als Vertreterin neuer Ideen, einer in die Zukunft gerichteten Politik, was ihr zweifellos die Stimmen großer Teile der Jungwähler zuführte. ...

Wer marschiert heute hinter Hitler und dem Hakenkreuz einher? Es sind alle uns wohlbekannt Mächte im alten Preußen, die sich plötzlich als Nationalsozialisten erproben. ...

Auf der Erfüllung ihrer Wünsche aber werden diese Wählergruppen, die ja auch drüber die erdrückende Mehrheit bilden, denen das Dritte Reich in Aussicht gestellt war, nun etwas ungeduldriger posen — denn Braun-Severing und die Nazis waren ja das einzige Hindernis ihres Glücks. ...

Den dieser Sieg erhöht ja die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen wir leiden. Er vermehrt die außenpolitischen Konflikte, er

verschärft die Krise, er kann den Gläubigen nichts, gar nichts von den Hoffnungen erfüllen, die erweckt wurden.

Die verächtliche Schnüchelt und plötzlich die Augen der Nationalsozialisten auf das Zentrum gerichtet. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hofft durch seine Hilfe die neue Basis für eine aufbauende Staatspolitik zu finden. ...

Die als Hakenkreuzer verkleideten Großgrundbesitzer Generale, Fürsten, Prinzen, Kapitalisten haben gesiegt — schon ertönt ihr Hilferuf: „Zentrum, hilf uns! Was machen wir mit dem Sieg?“

Herriot will Konzentrationsregierung

Die französischen Radikalen werden bei der Stichwahl zur französischen Kammer überall da mit den Sozialisten zusammengehen, wo eine getrennte Stimmabgabe den Sieg eines reaktionären Kandidaten ermöglichen würde. ...

Auf die Frage des Chefredakteurs, ob die Radikalen bei einem etwaigen Wahlsieg die Sozialisten um ihre Beteiligung bei der Regierungsbildung bitten oder ob sie ihnen den Krieg erklären würden, hat Herriot geantwortet: „Nein, ich werde nicht um ihre Unterstützung bitten. ...“

Völkerbund weicht vor Japan zurück

Das Neunzehnkomitee der Völkerbundversammlung, das die Ausführung der Beschlüsse über die Räumung Schanghai übernahm, hat am Dienstag dem energischen Druck Japans völlig nachgegeben. ...

Im übrigen ging aus dem Bericht in der Geheimhaltung des Komitees hervor, daß der Abschluß des Waffenstillstandes vor Schanghai endgültig am Mittwoch erwartet wird. ...

Bauernrevolte in Rumänien

In der Gemeinde Somfalau (Siebenbürgen) kam es zu einer schweren Bauernrevolte, bei der zwei Menschenleben zum Opfer fielen. ...

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnete Übertragung aus dem Amerikanischen von Clarissa Meißner

(16. Fortsetzung)

Sie hielt das Telegramm in der Hand und überlegte. Sie erinnerte sich, wie die weiße Welt über die Katastrophe des Gomez her ihr den ganzen Tag über entgegengesprungen war. ...

„Kroge soll entsetzlicher gefahren zwei pseudofeliche geschwindigkeit unbegrenzt frachtfähiger nicht, räumbar, oder werde mich weiter darzulegen.“

„Sie hat das Telegramm abgelesen, hielt sie mit ihrem Vater. ...“

„Ja, mein, wie können den Schwestern stehen. ...“

„Wahrscheinlich nie wiedersehen. ...“

„Katholik, mit haben ihn ja auf der ganzen Erde mit einem Kuppel mit geben. ...“

VII
Die größte amerikanische Brauerei

Doch mittags war sie auf ein Restaurant gestochen, welches das Essen zu einer Strafe machte.

Im sich bei Automobilen gut einzufahren, hatte der launische Verehrer von Reaper am Eingang der Stadt ein Schild aufgestellt. ...

Der gleichzeitig auch Kellnerdienste verrichtende Koch, dessen Schürze ein leuchtendes gelbes Band hatte, an den Armen und in der Handgelenk jedoch nur einen einfach grauen Schürhaken, knurrte ein:

„Koch, erhalte dich hinstell, daß sie die Schrift auf der Speisekarte, von den Hingehenden unterhalten konnte, und bestelle ein kleines Filet und einen Kaffee für ihren Vater, für sich Tee, reichhaltige Eier und Toast.“

„Lust? Haben wir nicht, Lust?“

„Ja, können Sie's nicht machen?“

„Da ist gleich hier.“

Als er das Essen brachte, waren die Tischgäste einen Zeit auf einer Seite verbracht und auf der andern Seite noch der Tee war bitter und die Eier wässrig. ...

aber dieser Wirt ist ja ein Dieb, daß er für solches Essen wirkliches Geld verlangt — Ja, und ein Mörder ist er auch!“

„Ja, das ist er wirklich. Er muß in seiner Garzichte Karrierte Tausenden von Leuten chronische Magenleiden verursacht haben — hat ihr Leben um Jahre verkürzt. ...“

„Ja, er tut wahrscheinlich sein Bestes, er —“

„Nein, er tut es nicht! Diese Eier und dieses Brot waren tabellose Lebensmittel, bevor er sie verzaubert hatte. ...“

„Während Claire die Rechnung bezahlte, versuchte sie sich irgendeine Beschwerde auszubedenken, die auf den feinsten Sinn gefächert seiner rosafarbenen Aufgedunsenheit gab sie es auf. ...“

„Ja, da sie etwas zu tun hatte, wurde Claire wieder ruhig und geduldig. ...“

„Über Sorgen war genug. Es war kein erschütternder Grund zu finden, warum der Wogen nicht gehen sollte. ...“

„Die Kragen geben Funken. Am Berliner waren keine Kabel los. ...“

„Was machen wir mit dem Sieg?“

Vorbereitungspause auf der Abrüstungs-Konferenz

Unterbrechung der grundsätzlichen Verhandlungen zur Durcharbeitung technischer Fragen

Genf, 26. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Generalkommission der Abrüstungs-Konferenz hat am Dienstag einstimmig beschlossen, die Beratung der prinzipiellen Fragen auszu-
setzen. Inzwischen haben die technischen Kommissionen den Auftrag erhalten, laut dem angenommenen Prinzip der direkten Abrüstung durch Vernichtung oder Internationalisierung der Angriffswaffen diese genau zu bestimmen. Bei Grenz-
über-
Lebergangsstellen soll eine aus Mitgliedern aller drei tech-
nischen Kommissionen gebildete Körperlichkeit entscheiden, der auch die Bezeichnung der gemischten Waffen obliegt. Bis zur Vorlage der Berichte dieser Kommissionen vertagte sich die Generalkommission.

Hierbei forderte die Delegationsführer und in Genf anwesenden Regierungschefs auf, in dieser Zwischenzeit die weitzesten prinzipiellen Entscheidungen in wissenschaftlichen Besprechungen vorzubereiten. Für diese Verhandlungen hat man also vor allem die nötige Zeit geschaffen, besonders, da jeder Fortschritt in den technischen Fragen vor der Generalkommission vor den französischen Wahlen ausgeschlossen ist. Die technischen Kommissionen haben inzwischen die Beratungen aufgenommen, wobei in der Kommission für Seerüstungen die deutsche Delegation als Angriffswaffen bezeichnete: die Minierschiffe über 10000 Tonnen und mit Kanonen über 28 Zentimeter Kaliber, ferner sämtliche Flugzeug-Mutterchiffe und U-Boote, sowie alle chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel.

A. Kr. Mit diesem Beschluß der Generalkommission ist eine weitere Etappe der Abrüstungskonferenz abgeschlossen. Eine Etappe, die sehr viel erfreulicher war, als die erste vor den Osterferien. Eine Etappe, in der die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz alles in allem doch gute Fortschritte gemacht haben. Fortschritte, die geeignet sind, die Hoffnung wach werden zu lassen, daß die Abrüstungskonferenz doch noch zu einem Erfolg in der Abrüstungsfrage führen wird. Während bei uns der Wahlkampf tobte und alles politische Interesse für sich in Anspruch nahm, haben sich in Genf auf der Abrüstungskonferenz Entwicklungen angebahnt, die zwar noch immer nicht einen Erfolg der Konferenz verkürzen, die eine wirkliche Abrüstung, wenn natürlich auch nur Teilabrüstung, noch nicht sicherstellen, die aber doch nach dem wenig erfreulichen Anfang der Konferenz vor der Osterpause jeden wirklichen Friedensfreund und Wortkämpfer einer wirklichen Abrüstung angenehm überraschen müssen.

Nach der langen Osterpause hat nämlich die Generalkommission, unmittelbar nachdem sie ihre Arbeit wieder aufgenommen hat, das Hauptproblem, die Frage einer wirklichen Verminderung der Rüstungen, energisch angepackt und auch schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein erstes Ergebnis erzielt, das, wenn es auch noch nicht ausreicht, doch einen nicht unbedeutlichen tatsächlichen Fortschritt darstellt. Sie hat nämlich beschlossen, und zwar einstimmig, einmal, daß in Etappen eine wirkliche Verminderung der Rüstungen durchgeführt werden und daß diese Verminderung quantitativ möglichst groß sein soll, daß also schon die entscheidende erste Etappe des Rüstungsabbaus zu einem möglichst niedrigen Rüstungsstand, über dessen tatsächliches Ausmaß freilich noch nichts feststeht, führen soll, und zweitens, daß diese Rüstungsverminderung gemäß dem Vorschlag Englands auf Grund der Anwendung des sogenannten Prinzips der qualitativen Abrüstung erfolgen soll, das heißt unter Abschaffung in erster Linie der Hauptangriffswaffen. Der erste Beschluß legt nur das Ziel fest, dem die Abrüstungskonferenz zustreben will, der zweite enthält bereits eine erste grundsätzliche Festlegung über die Methode der Erreichung dieses Zieles bzw. über die Methode der Durchführung der Abrüstung. Natürlich sind diese Fragen damit bei weitem noch nicht gelöst. In Bezug auf die erste Entscheidung fehlt noch das wichtigste, die Festlegung des Ausmaßes der tatsächlich durchzuführenden Rüstungsverminderung oder, was dasselbe bedeutet, des Maßes an Rüstungen, das den einzelnen Staaten noch belassen werden soll, die Frage, die weitest die schwierigste und auch die eigentlich entscheidende ist; und in Bezug auf die zweite Frage fehlt noch die ebenfalls erst entscheidende und ebenfalls viel schwierigere Festlegung der Waffen, die Angriffswaffen sind. Ueber dies enthält der zweite Beschluß noch eine Einschränkung, die noch Gelegenheit zu viel Streitigkeiten geben wird. Es ist Frankreich nämlich gelungen, zu dem englischen Antrag auf Ausdehnung der tatsächlichen Rüstungsverminderung vor allem auf die Angriffswaffen einen Zusatz durchzusetzen, der besagt, daß die Verminderung der Angriffswaffen entweder dadurch erfolgen kann, daß sie unmittelbar beseitigt werden, oder dadurch, daß sie internationalisiert werden. Diesen Zusatz, den England, um die Einstimmigkeit des Beschlusses zu retten, angenommen hat, hat Frankreich vor allen Dingen beantragt, um den Plan Lardieus, eine internationale Armee zu Sanktionszwecken zu schaffen, vorläufig wenigstens doch noch zu retten. Es scheint aber, als ob diese ganze Aktion nur die Bedeutung eines Wahlmanövers der französischen Regierung habe, weil Lardieu auf jeden Fall verhindern wollte, daß vor den Wahlen sein und der französischen Regierung Abrüstungsplan durch die genannten Beschlüsse völlig beseitigt gelassen erscheint. Denn tatsächlich wird ja der französische Abrüstungsplan ebenso wie der genannte Konventionsentwurf der vollständigen Abrüstungskonferenz durch diese Beschlüsse entscheidend verändert, ja im Grunde ganz beseitigt worden. Große tatsächliche Bedeutung wird aber diese Einschränkung in dem zweiten Beschluß deshalb kaum haben, weil sie in den letzten Tagen ebenfalls in der Generalkommission der Abrüstungskonferenz geführt ausführliche Debatten über die Frage der Schaffung einer internationalen Armee das eindeutige Ergebnis gebracht hat, daß die Schaffung einer internationalen Armee so großen Schwierigkeiten begegnet, daß sie tatsächlich praktisch unmöglich ist. Somit bleibt praktisch nur der in dem zweiten Beschluß vorgesehene Alternativplan für die Durchführung der Abrüstung der Angriffswaffen nur die unmittelbare Abschaffung oder dieser Waffen übrig. Im übrigen haben auch England und Amerika keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nur in dieser

Art der Durchführung eine wirkliche Ausführung des Beschlusses sehen könnten.

Mit alledem ist aber auch schon gesagt, daß die soeben geschilderte Entwicklung der Abrüstungskonferenz eine starke Zurückdrängung des französischen Standpunktes und ein hartes Inden-Vorbergründen der deutschen Auffassung bedeutet. Denn nicht nur bedeutet der zweite Beschluß, wie bereits erwähnt, die grundlegende Ablehnung des gesamten Planes Lardieus und des den Beratungen zugrundeliegenden Konventionentwurfes der vorläufigen Abrüstungskonferenz, sondern die Tatsache, daß der erste Beschluß gefaßt ist, ohne daß die Abrüstungskonferenz oder die beteiligten Mächte sonst irgendwelche Beschlüsse in der Sicherheitsfrage gefaßt haben, deren vorhergehende Lösung ja Frankreich bisher immer zur Bedingung einer wirklichen Rüstungsverminderung gemacht hat, bedeutet ebenfalls eine Ablehnung des französischen Standpunktes: Erst Sicherheit, dann Abrüstung, und ein weitgehendes Bekenntnis der Konferenz zu dem deutschen Standpunkt: Sicherheit durch Abrüstung. Und das Entscheidende an der ganzen Angelegenheit ist, daß Frankreich diesen Beschlüssen der Kommission ebenfalls seine Zustimmung gegeben hat, obwohl, wie ein Blick in die französische Presse deutlich zeigt, die französische Regierung sich sehr wohl der Tatsache bewußt ist, daß darin im Grunde eine Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes in der Abrüstungsfrage in vielen wesentlichen Beziehungen enthalten ist. Da nun die am kommenden Sonntag in Frankreich stattfindenden Wahlen höchstwahrscheinlich einen Kurs nach links und damit eine Stärkung der wirklichen Abrüstungsfreunde in Frankreich bringen werden, so ist um so mehr damit zu rechnen, daß bei der Durchführung der qualitativen Abrüstung die wirkliche Vernichtung der Angriffswaffen beschlossen werden wird.

Das Hauptverdienst an dieser Wendung auf der Abrüstungskonferenz haben die Engländer und Amerikaner — und hat offenbar auch die Wirtschaftskrise und die allgemeine Zerrüttung der Staatsfinanzen durch sie. Die Mächte haben eben für längere Zeit einfach kein Geld, den gegenwärtigen hohen Rüstungsstand, der dauernd ungeheure Summen verschlingt, aufrecht zu halten. Das gilt auch für Frankreich, dessen Staatsfinanzen sich in den letzten zwei Jahren rapide verschlechtert haben und die zum mindesten auch für die nächsten Jahre mit Finanzschwierigkeiten rechnen müssen, da ja auch die Reparationszahlungen Deutschlands zum mindesten in dieser Zeit ausbleiben werden. Diese Finanzschwierigkeiten sind aber nur zu beheben, entweder durch direkte große Einsparungen, die ohne Rüstungsverminderung in der erforderlichen Höhe nicht gemacht werden können (da das französische Bürgertum neue hohe Steuerbelastungen nicht zulassen will), oder — mittelbar wiederum durch Rüstungsbeschränkung, nämlich nur dadurch, daß Amerika in der Kriegsschuldenfrage Frankreich so weit entgegenkommt, daß der Ausfall aus den deutschen Reparationszahlungen dadurch ausgeglichen wird. Dieses Entgegenkommen Amerikas aber — das zeigt sich immer deutlicher — ist nur zu erreichen, wenn die Abrüstungskonferenz zu einem annehmbaren Ergebnis führt. Alle offiziellen und offiziellen Äußerungen über die Frage, die in den letzten Monaten aus den USA. kamen, haben immer wieder durchblicken lassen, daß die USA. erst dann zu einem Entgegenkommen in der Schuldenfrage bereit sein würden, wenn Europa Ernst damit mache, von seinem ungeheuren Rüstungsstand herunterzugehen. Und da auch Englands Staatsfinanzen so beschaffen sind, daß sie eine stärkere Ausgabenverminderung für Rüstungen nicht entbehren können, und da dasselbe sogar für die in den früheren Jahren auch staatsfinanzmäßig in so großem Ueberfluß lebenden USA. gilt, weil dort jetzt ein geradezu ungeheures Gelddefizit zu besorgen ist, das über 9 Milliarden Mark hinausgeht, und da die USA. von der Wirtschaftskrise so stark betroffen sind, daß das auch für die nächsten Jahre noch so bleiben wird, so wird dieser Druck, der von den angehängten Mächten ausgeht und der gemeinsamen Auffassung Italiens und Deutschlands in der Abrüstungsfrage einen so unerwartet starken Rückhalt gibt, kaum nachlassen.

Es wäre auch hier falsch, wenn man sich Illusionen hingeben wollte. Es müssen nämlich noch ungeheure Schwierigkeiten überwunden werden, bis die Abrüstungskonferenz endgültig zu einem annehmbaren Ergebnis führen wird. Frankreich und die in der Abrüstungsfrage auf dem gleichen Boden stehenden Mächte (deren Abrüstungsauffassung allerdings auch zumeist durch die Finanznot stark unterböhrt ist — man denke nur an Polen —) werden sich auch in Zukunft dagegen wehren, daß nun die beiden grundsätzlichen Beschlüsse der Generalkommission so durchgeführt werden, wie es von deutscher und angelsächsischer Seite gewünscht wird. Aber es ist doch deutlich, daß im ganzen auf der Konferenz eine vollständige Wendung eingetreten ist und daß der Widerstand des französisch-belgisch-polnischen Staatenbundes gegen die direkte Abrüstungsverminderung fastlich schwächer geworden ist. Diese Tatsache erlaubt es doch zu hoffen, daß entgegen dem ersten schlechten Eindruck in der Zeit vor Beginn der Abrüstungskonferenz unter der autoritären Leitung von Henderson doch noch zu einem Erfolg führen wird.

Römer Nazibanditen freigegeben

Nach dem Scheitern Dr. Lays

Rom, 26. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Lays, der in der Nacht zum Sonntag mit anderen Nazis wegen eines Überfalls auf den Führer der deutschen Sozialdemokratie, Otto Weis, festgenommen wurde, ist am Dienstag aus der Haft entlassen worden. Die Festnahme erfolgte, weil das gegen den beschuldigten Weis verhängte Verbot wegen Verletzung des Weis-Vertrages nicht durchgesetzt werden kann, andererseits der Strafverfolgung der Nazis nicht entgegensteht.

Die mit Lays verhafteten Nazis sind ebenfalls auf freies Fuß gesetzt worden.

Frankreichs Stabilität über die Wahl

Paris, 26. April. (Eigener Funkbericht.)

Einige kleinere, aber einflussreiche Pariser Blätter, die wegen ihres frühen Redaktionschlusses am Montag noch keine Stellung zu dem Wahlergebnis in Breuchen nehmen konnten, holen dies heute nach. Bemerkenswert sind die ruhigen Kommentare der beiden radikalen Zeitungen "Le Nouvelle" und "Republique", von denen die erste das Sprachrohr Ferris und die zweite das Organ des linken Flügels der Partei ist.

Die "Le Nouvelle" schreibt: "Hitler hat in Breuchen keinen entscheidenden oder unvorhergesehenen Sieg davongetragen. Er hat weder mehr oder weniger Stimmen erhalten als am 13. März und 10. April. Was beunruhigend ist, ist das Bestehen aller Mittelparteien, zugunsten der Nazis. Die Folge einer solchen Situation ist, daß Breuchen für den Augenblick praktisch unregierbar ist, wenn nicht eine Diktatur eingeführt werden soll. Wenn das katholische Zentrum, um zugleich die Diktatur und das Chaos zu verhindern, ein parlamentarisches Bündnis mit den Nazis eingehen sollte, würde es ohne Zweifel den größten Fehler begehen, der gegen das Interesse der Deutschen Republik, das des Friedens und sein eigenes Interesse begangen werden kann. Das Zentrum möge an das Schicksal der italienischen Volkspartei denken, die, nachdem sie sich vor Mussolini beugen mußte, seitdem von der politischen Szene Italiens verschwunden ist. Was uns Franzosen angeht, der neuen Reparationskonferenz anzutreten, bewahren wir unsere Ruhe und unsere Unabhängigkeit. Aber man darf in Deutschland nicht vergessen, daß, wenn unser Veröhnungswille und unser Wunsch nach Zusammenarbeit ungeheuer groß ist, wir weder den Drohungen, noch Herausforderungen weichen werden. Wir lassen uns nur durch das Interesse des Friedens leiten, und unter dieser Wille wird sich an der Zustimmung messen, die man in Deutschland zu dem Respekt der Verträge, zu dem Wiederaufbau Europas und zum Weltfrieden fundgeben wird."

Die "Republique" freut sich gleichfalls darüber, daß Hitler nicht die Mehrheit erhalten hat, erklärt aber andererseits, daß man den ungeheuren Vorprung der Nazis nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfe. Die Stärke der Hitlerbewegung sei darauf zurückzuführen, daß ihre Führer alle Klagen Deutschlands gegen den Versailler Vertrag brutaler als die anderen Parteien zum Ausdruck bringen. Im Grunde genommen seien aber die Republikaner die sich in maßvollerer Form ausdrücken, genau derselben Ansicht wie ihre Gegner. Angesichts dieser Warnung dürfe in Frankreich nicht die bisherige Methode der Verzicht, begleitet von einer ungehörigen Phrasologie über die deutsche Unaufrichtigkeit angewandt werden. Man müsse im Gegenteil über alle Meinungsverschiedenheiten freundschaftlich mit Deutschland sprechen. Ein Abkommen über die Abrüstung sei nicht nur möglich, sondern für beide Länder auch vorteilhaft. Ein Schwammstich über die Reparationen würde Frankreich nicht mehr leisten als die bisherige Politik. Er würde sogar noch etwas einbringen. Eine eheilmittige Initiative betreffend die ehemaligen deutschen Kolonien wäre eine Geste der Billigkeit und würde viele Mißverständnisse beseitigen. Ein neuer Status vindexi bezüglich des polnischen Korridors könnte mit einigem guten Willen gefunden werden. Er würde den Frieden festigen. Als Gegenleistung für diese Zugeständnisse sei Frankreich berechtigt, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fordern, die die Interessen seiner Landwirtschaft und Industrie schützt.

Attentat auf einen polnisch-französischen Seuteufel

und Betriebsleiterarbeiten in Zardow.

Warschau, 26. April 1932. (Eigener Drahtbericht.)

Am Dienstag mittag wurde in der belebtesten Gegend Warschaws auf offener Straße der französische Generaldirektor der großen französisch-polnischen Textilwerke in Zardow namens Kellner von einem unlangst entlassenen Angestellten des Unternehmens durch zwei Revolverschläge auf der Stelle getötet. Der Täter konnte festgenommen werden.

In Zardow selbst war es am Montag zu schweren Arbeitslosenunruhen gekommen, die im Zusammenhang mit dem starken Angelegenheits- und Arbeiterabbau standen. Mehrere Demonstranten und einige Polizeibeamte wurden verletzt. Das unsoziale Verhalten der französischen Besitzer und Direktoren der Textilwerke in Zardow hat schon mehrfach große Erbitterung unter der notleidenden Arbeiterschaft und heftige Angriffe der polnischen Öffentlichkeit hervorgerufen.

Breslauer Produktenbörse vom 26. April 1932

Zusätzliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 26. April 1932. An der Börse im Großhandel gezeigte Preise für volle Lagerablämpfen (Delivered in Netton Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Für die Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

		Tägliche amtliche Notierungen.	
		26.	25.
Getreide			
Weizen (schleibiger)			
Bestandsgemischtes von 74,5 kg Durchschn. Qual., gelund und trocken		268 00	268 00
Bestandsgemischtes von 78,0 kg gel., gelund und trocken		272 00	272 00
Bestandsgemischtes von 72,0 kg trocken. Hi. Mittelmaßes herwardeber		258 00	258 00
Sommerweizen, hart, glanz., 80 kg		274 00	274 00
Roggen (schleibiger)			
Bestandsgemischtes von 71,2 kg Durchschn. Qual., gelund u. trocken		205 00	205 00
Bestandsgemischtes von 75,5 kg gel., gelund und trocken		—	—
Bestandsgemischtes von 69,0 kg trocken für Mittelmaßes herwardeber		201 00	201 00
Haar, mittlere Art und Größe		182 00	180 00
Baragel, leichte		200 00	200 00
Baragel, schwere		194 00	194 00
Sommergerste, mittlere Art und Größe		190 00	190 00
Wintergerste, 65 kg 100 00			
Tendenz: Abwärts.			

Amstliche Notierungen für Weizenenergiegerichte

		26.	25.	26.	25.
Feinweizen (70%)	28.75	28.75	—	28.75	28.75
Feinweizen (75%)	30.25	30.25	—	30.25	30.25
Tendenz: Stetig.					
Zusätzliche Notierungen mittlerer Art und Größe der letzten Woche.					
	26.	25.	26.	25.	
Winterweizen 65 kg 100 00	15.00	15.00	15.00	15.00	15.00
Winterweizen 65 kg 100 00	14.00	14.00	14.00	14.00	14.00
Winterweizen 65 kg 100 00	13.00	13.00	13.00	13.00	13.00
Winterweizen 65 kg 100 00	12.00	12.00	12.00	12.00	12.00
Winterweizen 65 kg 100 00	11.00	11.00	11.00	11.00	11.00
Winterweizen 65 kg 100 00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00
Winterweizen 65 kg 100 00	9.00	9.00	9.00	9.00	9.00
Winterweizen 65 kg 100 00	8.00	8.00	8.00	8.00	8.00
Winterweizen 65 kg 100 00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
Winterweizen 65 kg 100 00	6.00	6.00	6.00	6.00	6.00
Winterweizen 65 kg 100 00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
Winterweizen 65 kg 100 00	4.00	4.00	4.00	4.00	4.00
Winterweizen 65 kg 100 00	3.00	3.00	3.00	3.00	3.00
Winterweizen 65 kg 100 00	2.00	2.00	2.00	2.00	2.00
Winterweizen 65 kg 100 00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
Winterweizen 65 kg 100 00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Tendenz: Stetig.					

Kleine Breslauer Nachrichten

Breslauer Scherzbrigadenverein, e. B.

Am 3. Mai, um 19 Uhr. Vereinsabend im Gartenhause der Taubstummenanstalt, Sternstraße.

Schlesisches Museum der bildenden Künste, Museumsplatz.

Die Gesellschaft der Kunstfreunde veranstaltet am 29. April, 20.15 Uhr, im Museum einen Vortrag. Anlässlich der Gedächtnisausstellung Lesser Urs wird Herr Dr. Karl Schwarz, Berlin, über Leben und Wirken des Künstlers an Hand von Lichtbildern sprechen. Gäste willkommen.

Autobusfahrten nach Zobten.

Am Sonntag, den 1. Mai d. J., werden die Gesellschaftsfahrten mit dem städtischen Kraitennibus nach Zebten-Kosantenthal wieder aufgenommen. Der Wagen fährt um 9 Uhr vom Ring (gegenüber dem Rathaus Barasch) ab. Die Rückfahrt erfolgt bis auf weiteres ab Gasthaus Kosantenthal um 19.00 Uhr, ab Hotel „Goldenes Kreuz“ in Zebten um 19.00 Uhr. Der Preis für die Hin- und Rückfahrt ist ermäßigt worden und beträgt nur noch 2,50 RM. pro Person. Er ist für Kinder bis 14 Jahre ermäßigt worden auf 1,25 RM., doch haben diese keinen Anspruch auf einen Sitzplatz. Der Omnibus hält bei Bedarf an

den hierfür bezeichneten Stellen am Taubenhiemplatz, am Reichspräsidentenplatz, am Südpark und in Zebten am Hotel „Goldenes Kreuz“. Den Vorverkauf der Karten hat wieder das Verkehrsbüro Gebr. Barasch, Ring, Erdbeergasse, übernommen. Die Fahrten finden nur bei genügender Beteiligung statt. Am Donnerstag, den 5. Mai d. J. (Christi Himmelfahrt), ist ebenfalls eine Gesellschaftsfahrt nach Zebten-Kosantenthal in Aussicht genommen.

Einschulung in die Berufsschule nicht vergessen

Bei der Einschulung in die Berufsschule hat sich herausgestellt, daß berufsschulpflichtige Schüler und Schülerinnen die Anmeldung zur Berufsschule unterlassen haben. Diese Schüler und Schülerinnen bzw. deren gesetzliche Vertreter und die Arbeitgeber leben sich der Bestrafung (Geldstrafe bis zu 50 Mark, gegebenenfalls Haftstrafe bis zu sechs Wochen) aus, falls die Anmeldung nicht noch umgehend erfolgt. Im Interesse der Betroffenen machen wir auf die gesetzlichen Bestimmungen nochmals aufmerksam, wir empfehlen dringend, die Anmeldung sofort vorzunehmen.

Anmeldungen zur Volkshochschule

werden werktätlich von 11 bis 15 und 17 bis 20 Uhr im Volkshochschulamt, Mühlstraße 16, entgegengenommen.

Wo ist die Straßenbahnkapelle.

Zu dem getriggen Bericht über die Betätigung der Kapelle im Raczmarczel aus der Osterstraße 8, beim Wozzele, markiert des Fadeljuges der Eisernen Front teilt der Betriebsrat der Straßenbahn mit, daß die Straßenbahnkapelle in der Bohrauer Straße ist. Es handelt sich demnach um eine andere Kapelle, die bei der Gastwirtin Raczmarczel ihre Übungsstunden abhält.

Feuerwehr löst Kleinfener.

Gestern, kurz nach 8 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Graben 25 alarmiert. In dem Vorraum einer Wohnung waren einige kleine Möbelstücke, die in dichter Nähe des Ofens aufgestellt waren, sowie einige Zappen in Brand geraten. Das Feuer wurde mit der Eimerpritze abgedämpft. — Kurz nach 12 Uhr erfolgte ein Alarm nach Breslau-Ost, Kirchweg 29. Dort war durch unvorsichtiges Ausschütten von glühender Asche ein kleiner Holzschuppen zum Brennen gekommen, doch konnte das Feuer bald gelöscht werden.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Gammlen-Anzeigen

Am 26. April, vormittags 10 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Korrektor
Wilhelm Quabius
im Alter von 67 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Einäscherung: Sonnabend, den 30. April, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Grabschen.

Am 26. April verschied im Alter von 67 Jahren unser lieber Freund, der

Exzer-Invalide
Wilhelm Quabius

Sein Leben war Kampf für den Sozialismus. Seine ganze Kraft stellte er in den Dienst der Arbeiterschaft und war stets bemüht, zu helfen, wo es not tat. Jahrelang stand er dem Betriebsrat vor, getragen von dem Vertrauen seiner Mitarbeiter. Leider war es ihm nicht lange vergönnt, seinen Lebensabend in beschaulicher Ruhe zu genießen. Als treuen und aufrechten Kämpfer und stets hilfsbereiten Genossen werden wir ihn immer im Gedächtnis behalten

Breslau, den 27. April 1932

Die Belegschaft
der Buchdruckerei Volkswacht

STADTTHEATER
Mittwoch, 20 bis gegen 22.30
Abonn.-Vorst. F 15
Alexandre Stradella
Donnerstag, 20 - 22.30
Abonn.-Vorst. D 16
Zosca.
Freitag 18 bis 22.30
Gastspiel
Eugenie Burkhart
Fritz Soot
Tristan und Isolde
LOBETHEATER
Täglich 20.15 bis 21.50
Stiefelprüfung
Sonnabend, 20.15
Zum 1. Male!
Der Mann mit den grauen Schläfen
Musikspiel von Leo Lenz

WAPPENHOF

Ab 4 Uhr:
Gr.Familien-Nachm.-Vorstellung
Nur noch 3 Tage!
Kiefer-Kiefer / Mit Sylvano / Fredy / Hermox
und Cortez / Prof. Halländer-Trio usw.

Ab 8 Uhr: **Varleté-Ball (2 Kapellen)**
Nachmittags 25 Pl., abends 40 Pl. 13/13

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Am 26. April verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager, der Korrektor-Invalide

Wilhelm Quabius
im Alter von 67 Jahren (zuletzt Volkswacht)

Wir werden dem Verstorbenen, der nicht nur über 40 Jahre der Organisation die Treue gewahrt hat, sondern auch durch Jahrzehnte in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aktiv tätig war, ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Die Einäscherung findet Sonnabend, den 30. April 1932, um 15 Uhr, im Krematorium Grabschen statt.

Statt besonderer Anzeige.

Am 23. April, vormittags 9 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann und guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der Speditieur

Paul Hartwig
im besten Mannesalter von 47 Jahren und 9 Monaten.
Breslau, den 27. April 1932.
Wildenbruchstr. 19 6291

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Elfriede Hartwig, geb. Ambrosius
nebst Tochter Charlotte.

Die Einäscherung findet Freitag, den 29. April 1932, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Breslau-Grabschen statt.

THALIATHEATER
Täglich 20.15 bis 22.10
Der frühlige Weinberg

Schauspielhaus.
Sonnabend, den 30. April
8 Uhr
und die folgenden Tage
Gastspiel
Berliner Bühnentänzer
Ein entzündender Menich
Musik von Erwin Straus
Preise 50 Pf. bis Nr. 3. —
Vorverkauf eröffnet.

Am 26. April verschied nach längerem Leiden unser Freund und langjähriger Parteigenosse, der Buchdrucker-Invalide

Wilhelm Quabius
(früher „Volkswacht“) im Alter von 67 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau. 1316

Einäscherung: Sonnabend, den 30. April, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Grabschen.
Trauerhaus: Hobenzollernstr. 12. Distrikt 2.

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Am Sonnabend, dem 23. April 1932, verstarb unser langjähriger Mitglied

Paul Hartwig
im Alter von 47 Jahren. 1330
Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau
Einäscherung: Freitag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Grabschen.

Deutscher Arbeiterverband
Am Montag, dem 25. April 1932, verstarb unser Kollege, der Buchdrucker

Christian Kalusche 1319
im Alter von 78 Jahren.
Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Zahnklinik Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 28. April, nachmittags 3.30 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes, Tor 6.

Am 23. April verstarb plötzlich und unerwartet durch Unfall unser Mitarbeiter und Kollege, der

Diener
Paul Schmidt
im 59. Lebensjahre.

Wir werden ihn nie vergessen.

Das gesamte Personal
des städtischen
Wenzel-Hanke-Krankenhauses

Starobogal E. V., Flugverband der Vertriebenen.
Am Sonnabend, den 23. April, starb unser Mitglied

Paul Hartwig
im besten Alter von 47 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.
Einäscherung Freitag, nachm. 5 Uhr, Krematorium Grabschen.

Sie der Weltkrieg emittand.

Das amiliche Offiziersmaterial und die Fundamentierungen des Reiches 180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

la Roggenbrot
4 Pfund 56 Pf.
ab Fabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 54

Buchhandlung VOLKSWACHT
Madames Antiquariat
BRESLAU

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Sektion Gesundheitswesen.
Sonnabend, den 23. April, verstarb unser wertiges Mitglied, der Kollege

Paul Schmidt
im Alter von 56 Jahren. 1321
Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, 28. April, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Wenzel-Hanke-Krankenhauses nach dem alten Mannstriedhof, Steinstr.

Am 23. April verschied einer unserer besten Funktionäre, unser Freund und Parteigenosse, der Fabrikarbeiter

Paul Hartwig
im Alter von 47 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.
Einäscherung: Freitag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Grabschen.
Trauerhaus: Wildenbruchstr. 19. Distrikt 2

Motorräder

D-Rad
B.M.W.
D.K.W.

Hielscher & Ahrent
Werkzeug-Notarier
Bredas 5 Tausentzinsplatz 14

Biere hell und dunkel
in
S y p h o n
à 5 und 10 Liter, sowie in Flaschen und Gebinden zu Festlichkeiten und Familienfeiern empfiehlt

Gustav Sternagel-Haase
Brauerei zum Birnbaum
Breite Straße 8 Tel. 516 20

Rosen nur vom Rosenzüchter

Edelbuschrosen } alle Farben { 8 Stück Mk. 1.00
Kletterrosen } ab Stück Mk. 0.60
Hochstammrosen } ab Stück Mk. 1.00
Große Schattenmorellenbüsche ab Stück Mk. 0.75
Große Pfirsichbüsche ab Stück Mk. 1.25

vom Rosenzüchter Schonert, Voßloch (Holstein)

Breslauer Verkaufslager, Gabitzstr. 127
Bei Einkauf von 10 Mk. wird 40 Pf. Fahrgeld vergütet

Brauchst Du Geld, Sei ohne Sorgen, Leibhaus Wachtel Wird Dir borgen
Geld auf Pfänder aller Art
Schmiedebrücke 64/65, I. Etage — Tel. 242 19

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
Am 25. April verstarb unser Verbandskollege, der Fabrikarbeiter

Theodor Schubert
im Alter von 73 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, 14. Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Marienfriedhofes

Hochschulrat
Am 21. April verstarb unser langjähriger Kollege

Alfred Beck
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Verband der Lehrkräfte (Ortsgruppe Breslau)

FAHRSCHULE KLEIST & CO.
Schloßplatz 6 (Platz der Republik) Telefon 57916

Montellstoffe
145 cm breit, Meter 95 Pf.
Friedländer, Sonnenstr. 26

Schlafzimmers
gell. Birke, vollst. N. 685.-
komplett

S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I
(neben Capitol)

Möbelstoffe
130 cm breit, Meter 79 Pf.
Friedländer, Sonnenstr. 26

Sohnende Griffen
wird Damen u. Herren gehalten d. Verkauf bewährter funktionell. Neuhelmsmaierartikel, wels. j. Ganzheit benigt. Wop. durch H. N. Kamlis, Buchhagen, Str. Müllerg.

Breslauer Nachrichten

Funktionär-Versammlung der SPD.

Montag, den 2. Mai, 19,30 Uhr, Gewerkschaftshaus (kleiner Saal)

Ausweis gelbe Funktionärkarte in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch. Teilnahmeberechtigt sind: die Mitglieder des engeren und erweiterten Parteivorstandes, die Bezirksführer, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Schriftführerinnen der Frauenabende, die Vertrauensleute in den Distrikten und in den Organisationen der freien sozialistischen Arbeiterbewegung, die Mitglieder der Pressekommission, des Bildungsausschusses, die Referenten, die in Breslauer Parteiveranstaltungen regelmäßig mitwirken, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinden, Provinz, Staat und Reich.

Dreimal Wählerater

Es ist verwunderlich, nach dem unzweifelhaften Wahlerfolg der Nazis ist bei ihnen von Siegesstimmung so gar nichts zu merken. Stillschweigend haben sie ihre Hafentruksfahrnen einbezogen und es hat den Anschein, als ob sie sich das erstmal als normale Staatsbürger geben wollten. Das ist, wie gesagt, einigermaßen verwunderlich und schwer zu erklären, wie diese auf Mord, Totschlag, Ueberfall eingestellte und auf die geradezu katastrophale Dummheit des Bürgerturns spekulierende Bewegung entgegen ihrer sonstigen Gewohnheiten so ganz plötzlich ohne Geräusch ausstommt.

Ist schon der Kassenkammer im Anzuge? Haben die Herren Nazis schon so etwas wie eine bängliche Ahnung, daß die Kruppe, aus der sie ihre Wrazen getroffen haben, nun bald nichts mehr hergibt? Kommt ihnen so schnell zum Bewußtsein, daß ihre Wählerkraft vom Offentheater nicht lange mehr leben kann? Wenn sie das alles so schnell merken, dann wären sie politisch ja weniger betroffen, als allgemein angenommen wird. Aber das hilft nun alles nichts. Die dafür um so mehr betroffenen Wähler des Hafentruks warten nun auf die versprochenen Koffinen. Das wird ein schönes Festessen werden und mancher verdorbene Magen hat bis zur nächsten Wahl Gelegenheit, sich mehrfach auszufurieren.

Zwar macht die Nazipresse einen Heidenpektakel und tut so, als ob sie nur noch allein auf der Welt wäre, aber das wird sich bald legen und der nächster politische Alltag wird seine grauen Schatten auf die Schreibtische der Spektakelmacher werfen. Denn nun kommt das, wovor sie alle eine Heidenangst haben. Nun müssen sie vor der Öffentlichkeit mit ihren Versprechungen gerade stehen. Und da wird ihnen, wie man so zu sagen pflegt: die Soude noch mehr, als nur einmal wegbleiben.

Den Deutschnationalen ist sie über ihre Wahlniederlage so fort weggeblieben. Die „Schlesische Zeitung“ beispielsweise überschreibt zwar ihre Montagausgabe mit der grobartigen Ueberschrift: „Sieg der nationalen Bewegung“, aber in Ermangelung eigener Erfolge und angesichts ihrer verheerenden Niederlage (Gugenberg ist bis an die Stiefel im Kassen Hitlers verschwunden) phantasiert sie sich an den Erfolgen der Nazis satt. Oder ist sie etwa gar schon ein offizielles Naziblatt?

Die Sablier kramen weiter. So verkünden sie wenigstens am Kopf ihres Blattes. Von ihrer vernichtenden Pleite findet man nicht ein Wort. Wer soll auch da nicht die Sprache verlieren? Wir möchten nur einmal wissen wo die 40 000 Stimmen in Breslau geblieben sind, die Eckstein bei der Reichspräsidentenwahl den Kommunisten hinweg- und seiner Kinderwagenpartei hinzurechnete. Wie man sieht, rächen sich solch faule Witze unter Umständen sehr schwer. Zunächst einmal besteht die Kandidatenliste der Sablier von hinten bis nach vorn, nur aus verhängten Abgeordneten. Da sie ja Antiparlamentarier sind, wird ihnen das hoffentlich nicht allzu wehe tun.

Im übrigen wenden sie bei der Errechnung des Mandatsverlustes unserer Partei jene „vornehmen“ Methoden an, deren sich auch die „Neuesten Nachrichten“ bei der Bekanntgabe des österreichischen Wahlergebnisses bedienen. Sie erklären frank und frei, daß die SPD 44 Mandate verloren habe. Die Abänderung des Wahlkoeffizienten, wonach die Stimmensiffer eines Mandats von 40 auf 50 000 erhöht worden ist, spielt dabei für sie keine Rolle.

Aber das ist bei den Sabliern nun einmal so: da sie selbst nie in die Lage kommen werden, ein Mandat zu verlieren, aus dem sehr einfachen Grunde, da sie keines besitzen, werfen sie mit den Mandaten der anderen nur so herum, als ob sie auch dabei etwas zu sagen hätten.

Kein Wunder, denn von ihrer Sendung sind die der miserablen Copisten der Danton und Robespierre, der Lenin und Stalin so vollkommen überzeugt, daß sie nach überstandener Wahlkater aufs neue von den Massen reden werden, die sie in ihren Träumen immer um sich sehen.

Und gegen solche Spielereien soll man nichts einwenden. —r.

Lehrlingskostgelder werden abgebaut

Handwerkskammer empfiehlt den Meistern, an jedem Lehrling zu sparen — Der prominente Nazimeister Streit findet als Vertreter einer „Arbeiterpartei“ keine Worte gegen den Abbau, sondern fämrt aus dem Sitzungssaal

Gestern nachmittag tagte die Breslauer Handwerkskammer, die sich neben der Beschlußfassung über den Haushaltsplan und der Entgegennahme des Geschäftsberichtes für 1931 auch mit der Herabsetzung der Kostgeldbeiträge für die Lehrlinge beschäftigte. Die Handwerkskammer, die kein Beschlußfassungsrecht über die Lehrlingsentschädigungen hat, sondern den Innungen nur Richtlinien an die Hand gibt, beschäftigte sich mit einer Vorlage des Vorstandes, nach der die Entschädigungen in den ersten beiden Lehrjahren in der bisherigen Höhe von 3 Mark und 4,50 Mark beibehalten werden sollen. Für das dritte Lehrjahr wurde jedoch eine Kürzung von 6 Mark auf 5,50 Mark und für das vierte Lehrjahr eine solche von 8 auf 7 Mark in Vorschlag gebracht. Mit anderen Worten heißt das, daß die „herrschenden Lehrlingslöhne“ um 8% und 12% Prozent, aber in den beiden letzten Lehrjahren um 78 Mark abgebaut werden.

Als Vertreter des Gesellenausschusses wandte sich dessen Vorsitzender, Kollege Kartlich, ganz entschieden gegen diesen Kürzungsvorschlag und wies darauf hin, daß die jetzigen Kostgelder nicht einmal für die Beförderung eines Lehrlings ausreichen. Ein Antrag, mit dem an jedem Lehrling trotz der minimalen Entschädigungen nochmals 78 Mark gespart werden sollen, sei für die Vertreter des Gesellenausschusses undiskutabel. Auch Kollege Kiese wette wandte sich gegen die Vorlage und verttrat einen Gegenantrag des Gesellenausschusses, die Richtlinien in der bisherigen Höhe zu belassen.

Man war gespannt darauf, was der in der Handwerkskammer sitzende prominente „Arbeiterpartei“ und Vorsitzende des Breslauer Innungsausschusses, Malermeister „W.“ Streit, sagen würde, der sich doch als Nazi-Wähler gegen alle mögliche Abbauerei gewandt hat. Die Spannung war überflüssig.

Der mit dem Naziparteibezügen geschmückte Mater-

meister, der zu verschiedenen anderen Fragen hochtrabende Reden vom Stapel ließ, hielt ausnahmsweise ganz beharrlich sein Redewerkzeug im Zügel, und als er gar merkte, daß die Abstimmung über die Anträge heranrückte, schüttete Meister Streit, der Mann aus der sogenannten „sozialistischen“, sogenannten „Arbeiterpartei“, aus dem Sitzungssaal und kam erst wieder zum Vorschein, als der Antrag des Gesellenausschusses gegen alle Meisterstimmen abgelehnt und der Vorstandsantrag mit allen Meisterstimmen angenommen worden war.

Ein weiterer Antrag des Gesellenausschusses, die Lehrlingshöchstzahlen neu festzusetzen, fand ebenfalls keine große Gegenliebe, so daß die Gesellenausschussmitglieder für eine Ueberzeugung an den Vorstand eintraten, um den Antrag nicht durch eine Ablehnung von vornherein illusorisch zu machen.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Syndikus der Kammer, Dr. Paelsche, erstattete, ging der Beschäftigungsrückgang im Handwerk hervor, der verhältnismäßig so großen Umfang angenommen habe, daß sogar die Lehrlingsausbildung gefährdet würde.

Bei der sich an den Bericht anschließenden Diskussion war Meister Streit redseliger. Er wettekte auf die Behörden, deren Arbeiten völlig fruchtlos seien. Sich selbst und seiner Nazipartei rief er bei dieser Gelegenheit einmal die Maske vom Gesicht, indem er erklärte, es sei eine harte Zumutung, jetzt etwa glauben zu wollen, daß demnächst ein Wunder passieren werde. Schließlich meinte er noch, daß Geld nicht der Inhalt des Lebens sei (warum hat er das hoch nicht bei dem Abbau der Lehrlingsgelder gesagt?), und trat als „Arbeiterpartei“ pflichtgemäß noch für eine verkappte Inflation ein, wobei ihm der Präsident Unterberger unter dem Beifall der Kammermitglieder entgegentrat.

Die Lage in den Siedlungen

Wie sieht es um die Mietsenkung durch Brechung der Zinsnechtheit?

In der letzten Stadtvorordnetenitzung vor der Landtagswahl hatten die Kommunisten rasch noch einen Agitationsantrag eingebracht, den die Sapler mit unterschrieben hatten. Die Mieten in den Neubauwohnungen sollten auf 100 Prozent der Friedensmiete herabgesetzt werden. Erwerbslose und sonstige Notleidende sollten die Hälfte, also 50 Prozent der Friedensmiete, zahlen. Alle Kündigungen, Klagen und Ermittlungen, sowie das Umsiedeln in kleinere Wohnungen sollten unterbleiben, wenn die Mieter nicht in der Lage wären, die Miete zu zahlen.

Obwohl die Sapler mit unterzeichnet hatten, mochten sie wohl doch an seiner Durchführbarkeit einigen Zweifel hegen, weshalb sie daneben noch einen eigenen Antrag stellten, der nur betrafte, die Reichsregierung solle erzuht werden, eine weitere Mietsenkung zu veranlassen.

Am Montag haben sich Finanz- und Bauausschüß mit den Anträgen beschäftigt. Die Herren Zolla und Kuchler begründeten ihre Anträge. Stadtrat Behrendt gab dann ein interessantes Bild von der Lage in der Siedlungsgesellschaft.

Er betonte, daß die Mieten der Breslauer Siedlungsgesellschaft niedriger seien, als an anderen Orten. Von 8400 Wohnungen seien zurzeit 77, also nur 0,9 Prozent, leer. Am 1. Januar sei eine merkliche Mieterermäßigung eingetreten, die etwa 21 Prozent betrage. 1400 Mieter hätten zurzeit ihre Miete nicht voll bezahlt. Die Mietsrückstände vom März belaufen sich auf 57 000 Mark, gleich 13 Prozent der Gesamtmiets. 22 Ermittlungen stehen bevor, außerdem sind 212 Käufungsfragen eingereicht. Im Jahre 1931 wurden in 30 Fällen, im Jahre 1932 bisher in 15 Fällen Ermittlungen durchgeführt. Umsiedlung sei bei Empfängern von Wohlfahrtsunterstützung mit zu teuren Wohnungen notwendig. In 370 Fällen sei Umsiedlung als nötig erachtet worden, wovon in 337 Fällen die Mieter selbst damit einverstanden waren. Der Siedlungsgesellschaft stehen für den Wohnungsumtausch 318 Wohnungen zur Verfügung.

Die vorliegenden Anträge ersuchte Stadtrat Behrendt abzulehnen. Sie würden einen jährlichen Mietsausfall von 6 Millionen Mark ausmachen. Stadtr. Halpaap von der Volkspartei sagte, wenn die Anträge durchgeführt würden, dann sei die Siedlungsgesellschaft einfach pleite. Der Kommunist Abdel meinte, die Siedlungsgesellschaft solle in einen Zinsstreik treten, um die Mieten senken zu können, worauf ein Deutschnationaler sagte, dann erfolge Zwangsversteigerung der Siedlungen. Die beiden anwesenden Nazis sagten gar nichts, obwohl doch die vielen Hafentruksfahrnen in den Siedlungen bewiesen haben, daß es in der Siedlungsfrage auch sehr viel Naziinteressen zu vertreten gibt.

Genosse Darr empfahl als Berichterstatter die Annahme aller Anträge. Die Siedlungsgesellschaft werde deshalb nicht pleite gehen, denn sie werde davon nicht mehr durchzuführen, als sie imstande sei. Bei Brechung der Zinsnechtheit sei es aber durchaus möglich, die Mieten soweit zu senken, wie die Anträge es verlangen. In allen Siedlungen hat am Sonntag das Verlangen nach Brechung der Zinsnechtheit lebhaft zu den Feuern herausgeschaut. (Weiterkeit.) Die beiden nationalsozialistischen Kollegen haben hier durch Schweigen befunden, daß sie nichts dagegen haben. Die Wähler dürfen nicht schon am Tage nach dem großen Wahlsieg enttäuscht werden. Der Brechung der Zinsnechtheit und damit der versprochenen Mietsenkung könne nach einem solchen Siege nichts mehr im Wege stehen.

Bei der Abstimmung liegen die beiden Nazis zuerst die Hände unten, dann hoben sie sie aber doch langsam hoch, indem einer erklärte, als Wunsch an den Magistrat könne man dafür stimmen, sonst aber seien sie dagegen.

Damit war eine Mehrheit für den — Wunsch nach Mietsenkung da. Wie man sieht, fällt es den Nazis nach der Wahl schon schwer, auch nur zu wünschen, was sie vor der Wahl als sicher versprochen haben.

Wilhelm Quabius gestorben

Einer, der durch Jahrzehnte mit uns in Röh und Glied gestanden, ist gestern vormittag still von uns gegangen. Wilhelm Quabius ist einem heimtückischen Leiden erlegen, das ihn durch längere Zeit zum Hungern zwang. Er war am 26. März 1865 in Breslau geboren, lernte Buchdrucker und war seit 1888 gewerkschaftlich organisiert. 1901 wurde er Mitglied der Partei und hat ihr seitdem treu gedient. Zeitweise war er Distriktsführer und auch dem Bildungsausschüß hat er einige Zeit angehört. Sonst sah man ihn in allen Versammlungen, und immer war er dabei, wo es Kleinarbeit für die Partei zu leisten galt. Besonders eng waren seine Beziehungen zur „Volkswacht“. Ihr diente er einst als Seker bei der Firma Schütz, und als sich unser Blatt eine eigene Druckerei schuf, wurde er von dort mit übernommen. Er arbeitete zunächst als Seker, später als Korrektor und war Vorsitzender des Betriebsrates. In allen wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterchaft war er wohlbeslagen; einst war er Gewerbezugsgerichtsbesitzer und zuletzt hat er dem Schlichtungsausschüß angehört. So war Wilhelm Quabius in jeder Beziehung einer von denen, die den Kern unserer Bewegung ausmachen. Als er vor Jahresfrist in den Ruhestand ging, haben wir alle ihm noch

einen langen und freundlichen Lebensabend gewünscht. Es sollte nicht sein. Sonnabend nachmittag 3 Uhr wird unser Freund in Gräbchen eingesehert. Sein Andenken aber wird in unseren Reihen noch lange fortleben und zur Pflichterfüllung für die Sache der Arbeiterchaft ermahnen.

Vorsicht bei Grundstück-Einkäufen

Rückfrage beim Stadterweiterungsamt zweckmäßig Da in letzter Zeit die Nachfrage nach Grundstücken zu Siedlungszwecken sehr stark ist, andererseits aber auch größere Geländestücken für Bauzwecke aufgeteilt und angeboten werden, ohne daß vorher geklärt wird, ob sie für eine Bebauung mit Wohnhäusern oder Wohnläuden in Frage kommen, weisen wir erneut darauf hin, daß bei dem Erwerb von Baugrundstücken in den Augengebieten der Stadt Breslau allergrößte Vorsicht geboten ist. Es liegt im eigenen Interesse des Grundstückskaufers, wenn er sich vor dem Ankauf vergewissert, ob die beabsichtigte Bebauung der Parzelle mit den vom Magistrat aufgestellten Bebauungsplänen in Einklang steht. Andernfalls können sich für die Verwirklichung des Bauvorhabens erhebliche Schwierigkeiten ergeben, wenn sich später herausstellen sollte, daß die Bebauung des erworbenen Grundstückes nicht in der vom Käufer beabsichtigten Weise zugelassen werden kann. Besonders bei der Anlegung neuer Siedlungsbezirke sowie



Billig wie nie - und doppelter Rabatt

Von Donnerstag, dem 28. April bis Samstag, dem 30. April auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

10%

Internationale Arbeitskonferenz erweitert das Schutzabkommen für Hafnarbeiter

Genf, 26. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Vollziehung der Internationalen Arbeitskonferenz hat am Dienstag einstimmig beschlossen, den von einem Ausschuss vorgelegten Fragebogen über das Verbot der Stellensmittlungsbüros gegen Bezahlung an die Regierungen abzugeben und den Abschluss einer Konvention über dieses Verbot auf die Tagesordnung der Konferenz für 1933 zu setzen. Entsprechend den Antworten wird das Internationale Arbeitsamt dann einen Konventionsentwurf vorlegen.

Der Fragebogen mündet eine Definition der zu beratenden Büros, ferner Angaben über ein generelles Verbot, über Ausnahmen für bestimmte Berufe, über Anpassung der öffentlichen Arbeitsvermittlungen an die Bedürfnisse der vom Verbot betroffenen Berufe, über die Zeitspanne bis zur völligen Aufhebung und über die nationalen und internationalen Strafmaßnahmen gegen Übertretungen des Verbots.

Ebenfalls einstimmig hat die Konferenz die Erweiterung des Schutzabkommens für Hafnarbeiter angenommen, wobei besonders die Binnenschifffahrt eingeschlossen bleibt und die Regierungen verpflichtet werden, sofort in Verhandlungen über die Gegenleistung der Anwendung der Schutzbestimmungen einzutreten.

Die zwischen den sieben hauptsächlichsten Kohlenländern vorgetragene Forderung über eine gemeinsame Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens für den Kohlenbergbau mußte abgelehnt werden, weil England die Einräumung verweigerte, weil die Reparationsfrage bisher nicht gelöst ist. Die Besprechung soll deshalb erst nach der Lausanner Konferenz stattfinden.

Amerikas Gewerkschaften fordern Fünftageswoche

Erwerbslosigkeit ist auf 8 Millionen gestiegen

New York, 27. April. (Eigener Funbericht.)

Der amerikanische Gewerkschaftsbund beziffert die Gesamtzahl der Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten auf 7.956.000 und stellt fest, daß im April zum ersten Male eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen ist. Im April 1931 seien 200.000 Arbeitslose wieder in Beschäftigung gekommen, während diesmal eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 100.000 zu verzeichnen sei. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes weist in einer Erklärung auf die Verschärfung der Krise hin und fordert erneut die Einführung der Fünftageswoche.

Hausangestellte und Krankentassen

Sind die Hausangestellten günstige Risiken für die Krankentassen? Diese Frage wurde von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Düsseldorf an Hand rechnerischer Unterlagen eingehend untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist sehr interessant. Es verneint die eingangs gestellte Frage, und ähnlich wie in Düsseldorf dürfte die Antwort auch bei den übrigen großen und größeren Städten lauten.

Zugrundegelegt wurde bei der Untersuchung die erste Hälfte des Geschäftsjahres 1931. Die Berechnungen ergaben, daß die für die Hausangestellten gezahlten Beiträge die Ausgaben bei weitem nicht decken. Im ersten Halbjahr 1931 betragen die Einnahmen für die Hausangestellten 230130,70 Mark, verausgabt wurden: für ärztliche Behandlung 35.021,70 Mark, zahnärztliche Behandlung 13.886,60 Mark, Arzneien, kleinere Heilmittel, Bandagen und Zahnersatz 14.802,20 Mark, Krankenhauspflege 179.132,17 Mark, Lohnausgleich 29.556,44 Mark, Wochenhilfe 34.182,57 Mark, Verwaltungskostenanteil 43.262,10 Mark. Die Mehrausgabe betrug 119.813,08 Mark.

Die Ausgaben für die Hausangestellten übersteigen also die Einnahmen im ersten Halbjahr 1931 um rund 120.000 Mark. Diese Mehrausgabe ist einestils darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Erkrankungsfälle bei den Hausangestellten größer ist, als bei den übrigen weiblichen Mitgliedern, zum andern Teil darauf, daß den Hausangestellten nach § 437 A.D. auf ihren oder auf Antrag des Dienstberechtigten Krankenhauspflege zu gewähren ist und endlich auf die verhältnismäßig große Zahl der Wochenhilfeempfänger.

Die Zahl der weiblichen Krankentassenmitglieder betrug im dem angegebenen Zeitraum im Durchschnitt 47.000, wovon 7630 Hausangestellte waren. Es waren also 16,29 Prozent der weiblichen Mitglieder Hausangestellte. Die Zahl der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle betrug bei den weiblichen Mitgliedern 8345, hiervon entfielen 1884 Fälle = 22,53 Prozent auf Hausangestellte. Während also die Hausangestellten mit 16,29 Prozent an der Zahl der weiblichen Krankentassenmitglieder beteiligt waren, entfielen auf sie 22,53 Prozent der Erkrankungsfälle. Bei allen weiblichen Mitgliedern fand in 2417 Fällen = 29 Prozent der Erkrankungsfälle Krankenhauspflege statt, dagegen bei den Hausangestellten in 1005 Fällen = 53,8 Prozent der Erkrankungsfälle. Wochenhilfeempfänger wurden bei den weiblichen Mitgliedern 459 gezählt, wovon 213, das ist 46,4 Prozent, auf die Hausangestellten entfielen. Der Prozentsatz der Wochenhilfeempfänger ist also im Verhältnis zu den übrigen weiblichen Mitgliedern außerordentlich hoch.

Generalversammlung des Afa-Ortskartells Breslau

Das Afa-Ortskartell Breslau hielt am Montag, dem 25. April seine Jahreshauptversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Nach kurzen Begrüßungsreden erbatte der Kartellvorsitzende, Kollege Wachner, den Geschäftsbereich. Nach einer langen Debatte über die politische Situation gab der Vorsitzende einen gut gegliederten Überblick über die wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung im Geschäftsjahr. Neben der allgemeinen Lage sagte der Redner, daß erst in späteren Jahren die Erleichterungen, die das vergangene Jahr uns brachte, in ihrer vollen Bedeutung gemahnt werden können. Es begann mit Sorgen und endet mit Not. Eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise wurde zum nicht geringsten Teil durch die Septemberkrisen 1930 ausgelöst. Ihre direkte Folge war die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die nicht zuletzt der Zusammenbruch der deutschen Großbanken, dazu kam das Verlassen der Golddeckung der meisten Banken, ein Wegzug von ausländischen Kapitalgebern und die damit verbundenen Verluste der Banken. Die Krise, auf die Banken und Sparkassen im Jahre 1930, hat sich in Deutschland zum Herbst hin verschärft. Die Wirtschaft ist in einen Zustand der Not geraten. Die Krise, auf die Banken und Sparkassen im Jahre 1930, hat sich in Deutschland zum Herbst hin verschärft. Die Wirtschaft ist in einen Zustand der Not geraten.

zeitweilig das Wirtschaftsleben fast völlig. Die einstweilige Aufhebung der Reparationszahlungen vermochte keine Wirkung mehr auszuüben; das Verhängnis nahm seinen Lauf. Erst durch wahrhaft einschneidende Maßnahmen wurde mehr oder weniger eine verhältnismäßige Beruhigung erzielt. Inzwischen bekam unsere Wirtschaft neue Schläge durch die Wendung Englands, unteres beiter Kunden, zum Schutz. Die deutschen Ausfuhrziffern sanken gegen Ende des Jahres rapid ab, und nur durch Einschränkung unserer Einfuhr wurde es möglich, die alte Handhabung aufrechtzuerhalten. Eine allgemeine Schrumpfung der Wirtschaft als Folge aller dieser Vorgänge war das Ergebnis des Jahres 1931. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit hatten ein unwahrscheinliches Ausmaß erreicht.

Mit Recht forderte deshalb der Afa-Kongress umfassende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zum Ausbau der Wirtschaftsverwaltung. In einem in der Presse bereits ausführlich besprochenen Wirtschaftsprogramm wurden die Vorschläge hierzu und die Ergebnisse der Beratungen im Afa-Bundesvorstand niedergelegt. Kollege Wachner ging in kurzen Zügen auf diesen Wirtschaftsplan ein und wies am Schluß seiner allgemeinen Ausführungen auf die besonderen Aufgaben der „Eisernen Front“ hin.

Die Arbeiten des Ortskartells vollzogen sich reibungslos. Der Vorstand trat im Berichtsjahr siebenmal zusammen. Die Mitgliederbewegung wies nur einen durch das Steigen der Arbeitslosigkeit bedingten geringfügigen Rückgang auf. Die Arbeitsmarktlage in Breslau verschlechterte sich auch für die Angehörigen des Monats zu Monat. Die Zahl der Stellungsstellen Angehörigen stieg im Berichtsjahr in Schlesien um rund 8000, in Breslau um 3000. Was von Seiten des Ortskartells für die erwerbslosen Kollegen zu tun möglich war, wurde getan. Der Betreuung erwerbsloser Jugendlicher wurde dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Darüber hinaus konnte 50 erwerbslosen Kollegen eine Woche lang ein gutes und reichliches Mittagessen zur Verfügung gestellt werden.

Eine Reihe von Veranstaltungen befreundeter Organisationen wurde befristet. Mit dem Afa-Bund gemeinsam wurden

zwei Schulungsturse für Betriebsräte und Vorstandsmitglieder der Vertrauensleute durchgeführt. Die Aufführungen des Films „Im Westen nichts Neues“ waren ein voller Erfolg. Mit besonderem Interesse wurden die Körperkassen der Vertrauensleute wegen wirtschaftspolitischen und allgemeinen Fragen geführt. In den wirtschaftlichen Unternehmungen der Freien Gewerkschaften, Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft, Arbeiterbank, Lindlar-Werke, sind wir vertreten, ebenso in der Dwaag- und Gogah. Die Dwaag stellt ein Bauvorhaben in der Hubenstraße fertig. Die Wohnungen sind sämtlich vermietet.

Für die Arbeitsrichter wurden gemeinsam mit dem Afa-Bund Informationsabende und vom Afa-Bund ein Wochenendkursus veranstaltet. Die Zahl der Auskünfte in Fragen der Angehörigen der Vertrauensleute stieg im Berichtsjahr eine wesentliche Steigerung. Es wurden 330 Auskünfte erteilt, gegen 228 im Vorjahr. Die Zahl der Rentenansprüche stieg von 58 auf 95. Die vierte Kassenverordnung brachte eine Reihe von Verschlechterungen in der W.

In der Tarifarbeit wurde mit den beteiligten Afa-Bund gut zusammengearbeitet. Auch die Zusammenarbeit mit dem Afa-Bund gestaltete sich im Berichtsjahr gut und reibungslos. Stärker als sonst nahmen die Mitglieder den Rechtschutz der Verbände in Anspruch. Mit dem Anwachsen der Wirtschaftskrise stieg auch die Zahl der Klagen vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht Breslau.

Kollege Wachner schloß seinen mit Beifall aufgenommenen Bericht mit einem Dank an die Funktionäre und der Bitte, trotz aller Mühe der Zeit auch im neuen Jahre mit ungetrübtem Mut an die Arbeit zu gehen.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Knypl. Die Verammlung erteilte ihm einstimmig Entlastung. In der Zuschussfrage der den Geschäfts- und Kassenbericht beteiligten sich die Kollegen Smolinsky, Kontolewsky, Bland, Neg und Wille. Es wurde Festsetzung der Schulungsmöglichkeiten gewünscht und der Wirtschaftsplan der Freien Gewerkschaften begrüßt. Im Schlußwort ging Kollege Wachner auf die angesprochenen Fragen ein und wies auf die Mitarbeiter sowie den Vortrag des Kollegen Dr. Suhr über den Wirtschaftsplan hin.

Bei den Wahlen wurde Kollege Nitsche vom Afa-Bund in den Vorstand und die Kollegen Kaufmann vom Werksmeisterverband der Schuhindustrie und Stumm von der Angehörigengruppe des Gesamtverbandes als Revisoren neugewählt. Im übrigen wurden die alten Funktionäre einstimmig wiedergewählt.

Nach einem Bericht des Kollegen Korbstein über die Beschlüsse der Mitarbeiter-Kommission schloß Kollege Wachner die gut verlaufene Sitzung.

Die Notwendigkeit der 40-Stundenwoche und ihre Sabotage durch die Unternehmer im Bergbau

Wie notwendig eine Verkürzung und gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit im Bergbau geworden ist — am kommenden Freitag werden darüber im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattfinden — zeigt die Tatsache, daß Ende März allein im Ruhrkohlengebiet rund 204.000 Beschäftigte und 123.000 arbeitslose Bergarbeiter vorhanden waren. Auf nicht ganz zwei beschäftigte Bergleute des Ruhrgebietes kommt danach ein Arbeitsloser.

Die Unternehmerpresse ist auch jetzt noch gegen die Einführung der vierzigstündigen Woche. Da ihr hies- und stichfesteste Argumente fehlen, verwickelt sie sich in Widersprüche. Sie behauptet, daß die Selbstkosten durch die vierzigstündigen Woche gesteigert würden, betont aber auf der anderen Seite, die Einführung der vierzigstündigen Woche sei überflüssig, da ja der durch die zahlreichen Feierlichkeiten stark gesunkene Beschäftigungsgrad praktisch bereits der vierzigstündigen Woche gleichkomme. Wenn wir die vierzigstündigen Woche schon haben, dann kann ihre Einführung doch unmöglich die Selbstkosten steigern.

— und in Wilhelmshaven

Auf der Marinewerft in Wilhelmshaven haben sich infolge der Sabotage der Werkleitung in der Durchführung der vierzigstündigen Woche schwere Unannehmlichkeiten ergeben. Die Werkleitung hat — angeblich zur Einhaltung bestimmter Termine — einen Teil der Belegschaft 40 Stunden, einen anderen 48 und einen dritten sogar 56 Stunden (einschließlich der Sonntagsarbeit) arbeiten lassen. Dieses unterschiedliche Arbeiten war für die nationalsozialistischen Elemente, die sich vor einem Abbau fürchteten, ein willkommenes Anlaß, um die überwiegend freigeberische organisierte Belegschaft durcheinander zu setzen. Die Belegschaft bei der Werkleitung die Rückkehr von der 40-Stundenwoche — man arbeitete bereits seit 7 Monaten verkürzt — zur 48-Stundenwoche zu verlangen. Ferner wurde die Werkleitung erzwungen, keine Entlassungen vorzunehmen, der unfähigen

„Terminwirtschaft“ ein Ende zu bereiten und mehr als bisher bei der Vergütung von Arbeitsaufträgen die Reichswert in Wilhelmshaven vor den Deutschen Werken in Kiel zu berücksichtigen.

Die Rückkehr zur 48-Stundenwoche gefährdet die Beschäftigung von 800 bis 900 Werkarbeitern. Von der Reichsregierung erwartet daher die 5.900 Mann starke Belegschaft der Werft, daß die 40-Stundenwoche alsbald gesetzlich eingeführt wird.

Halbe Arbeit der Reichsregierung

Im Reichsarbeitsministerium wird jetzt der Entwurf einer Kassenverordnung ausgearbeitet, durch die die vierzigstündigen Woche allen Unheim nach nur in der ersten Gewerkebranche eingeführt wird. Der Entwurf soll am Donnerstag mit den Ländern besprochen werden.

Die Verordnung zerfällt, wie verlautet, in zwei Gruppen, von denen die erste die Gewerkebranche umfaßt, bei denen in Zukunft die Mehrheit über 4 Stunden wöchentlich, soweit sie tariflich zulässig ist, noch von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörden abhängig gemacht werden soll. Diese Genehmigung soll nur dann erteilt werden, wenn den Arbeitgebern andere Maßnahmen, insbesondere die Neueinstellung von Arbeitnehmern, nicht zugemutet werden können. Die zweite Gruppe umfaßt die Gewerkebranche, bei denen die wöchentliche Arbeitszeit auf vierzig Stunden herabgesetzt wird. Unter die zweite Gruppe fallen Bergbau, Salinenwesen, Steine und Erden, Chemie, Papierindustrie und Zementherstellung, Brauerei und Mälzereien, Bauunternehmungen und Bauhandwerk.

Man muß abwarten, ob das Reichsarbeitsministerium tatsächlich mit einer derartigen Ungünstigkeit die Arbeitslosigkeit einzudämmen versuchen will.

Sind die Zölle noch nicht hoch genug?

Freiherr v. Büning (Dann) erklärte kürzlich in der Preussischen Landwirtschaftskammer in Berlin in einem Vortrag über die Krise der westdeutschen Landwirtschaft, die Reichsregierung habe trotz ihrer Andeutung von Ende März 1931 nichts Entscheidendes zur Besserung der Rentabilität in der Landwirtschaft getan. Der Zollschutz für Butter könne nicht eher wirksam werden, als bis auch der deutsche Reis ausreichenden Zollschutz genießt. Für eine völlige Sanierung der deutschen Landwirtschaft seien entsprechende Zölle, Einfuhrsteuer und Kontingente unerlässlich. Als Übergangsmassnahme empfahl der Redner die Kontingentierung der Getreidezufuhr auf höchstens 50 Prozent der Menge des Vorjahrs.

Nach Ansicht des Freiherrn von Büning sind also Zölle das einzige Heilmittel für die kranke Landwirtschaft.

Zölle als Heilmittel für die kranke Landwirtschaft, also einen Teil der deutschen Wirtschaft, und aber Güter für den ganzen kranken Wirtschaftskörper; man kann, wie bei einem kranken Menschen, nicht einen Teil des Kranken heilen, man muß den vollen Körper in seinen Sitz bekommen. So ist bleiben alle Heilversuche vergeblich.

Zölle ergeben wohl die Freie — allerdings auch nicht immer auf die Dauer — aber sie verringern auch die ohnehin schon so geringe Rentabilität der Verbraucher, sie vermindern die Not der großen Masse der Verbraucher und bringen sie zu weiterer Einschränkung der eigenen Lebenshaltung. Das bedeutet für die Landwirtschaft Verringerung ihres Absatzes und damit auch ihrer Einnahmen. Der Verbraucher bringt nur 200 Millionen Franken ein, wenn die Landwirtschaft 200 Millionen einnimmt, dann kann die Gegenleistung der Verbraucher

die sich von den deutschen Einfuhrzöllen benachteiligt fühlen. Der weitere „Erfolg“ deutscher Zölle ist also die Verringerung der deutschen Fertigwarenausfuhr, das heißt die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, die ihrerseits ebenfalls eine Verringerung der Kaufkraft, erneute Einschränkung der Lebenshaltung und verminderte Abnahmefähigkeit für die deutsche Landwirtschaft mit sich bringt.

Wie jemand übrigens allen Erstes behaupten kann, die Reichsregierung habe für die Besserung der Rentabilität der Landwirtschaft nichts Entscheidendes getan, ist unverständlich. Die sehr weitgehende Kredithilfe des Reiches für die Landwirtschaft und ihre Organisationen, die Öffnung der Weltmärkte, die Steuererleichterungen und -erlasse, die steuerliche Vorzugsbehandlung der Landwirtschaft, die Einrichtung des Sicherungsverfahrens gegen Zwangsversteigerungen bei landwirtschaftlichen Betrieben und die der Landwirtschaft zuliebe, auf ihr Betreiben, wenn auch nicht zu ihrem Vorteil, eingeführten Zölle — ist das alles „nichts Entscheidendes“?

Die Verbraucherfrage hat die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu tragen. Ihre Lasten sind mehr als hoch genug, und ihre Lebenshaltung ist bereits zu weit herabgedrückt, daß die Grenze des Erträglichsten längst überschritten ist. Daher vermöchten sich die Verbraucher gegen etwaige Wände zur Einführung neuer und Erhöhung bestehender Zölle.

Der Baron von Büning, ein der besten Kohlenunternehmer in Westfalen, schließt für das Jahr 1931 mit einem Verlust von 3.65 Millionen Mark (im Vorjahr 180.000 Mark Reingewinn) ab. Aufwendend sind zum Betriebsüberlauf vorher größere Maßnahmen gemacht worden. Die Generalversammlung soll darüber beschließen, 20 Millionen Mark Korratantien einzusetzen.

Naziprozess Felsenec

In dem Berliner Prozess gegen die Angeklagten der Kolonne Felsenec schält sich immer mehr eine in Prozessen gegen Nationalsozialisten ständig beobachtete Tatsache heraus: die ungewöhnliche, methodische Lügenhaftigkeit der verurteilten Angeklagten!

Von den sechs angeklagten Nazis haben bisher vier ausgegagt; immer wieder versuchen sie die aufs schwerste belasteten Tatbeteiligten auf die Notwehrthese zurückzuführen. Indem sie sich bemühen, sich selbst reinzuwaschen, belasten sie allerdings in vorbildlicher Kameradschaftlichkeit ihre Komplizen. Der Nazi Knuth, der an dem Mord an dem Arbeiter Klemke beteiligt war, will geschlagen worden sein und dann blindlings mit dem Koppel zurückgeprügelt haben. Auf den angeblichen "Angriff" — es war der ermordete Klemke — kürzte dann, dies muß auch Knuth belunden, eine größere Anzahl Nazis, die ihr Opfer, das zu flüchten versuchte, nach allen Regeln der Nazikunst "fertig machten". Eine Nummer für sich ist der Kommunist a. D. und heutige Faschisten-Lobby Schwarz, der den Trottel zu spielen versucht und zuerst überhaupt nichts wissen will, obwohl er nachgewiesenermaßen einer der Hauptakteure bei der Jagd auf den getöteten Klemke gewesen ist.

Selbstverständlich, daß die Nazis den Mann, der die tödlichen Schüsse auf den am Boden liegenden Klemke abgab, nicht gesehen haben wollen, obwohl sich die Tat vor ihren Augen abgespielt haben muß.

Sitter von Verlichungen

Endlich ist die Synthese von Hitler und Goethe gelungen: Die beiden vereinigten sich im Namen Göh von Berlin-Wangen zu der höheren Einheit jenes Weltbüchseles, der als das populärste Zitat aus Goethes weit und breit bekannt ist. Das Göh-Zitat ist heiligste Naziparteipflicht geworden, und das kam so: Der berühmteste Beitrag der Nazis zum Weltkammer ist bekanntlich die Erfindung ihres völkischen Rassenamtes, dessen Aufgabe es sein wird, sämtliche Jungmänner und Jungfrauen des Dritten Reiches hochnotpeinlich auf Rassenzugehörigkeit und Jungensaugfähigkeit zu überprüfen. Ein Plakat der Sozialdemokratischen Partei brachte nun eine bildliche Darstellung des Rassenamtes: man sieht da völkische Jungfrauen mit mächtiger Ausstattung vorn und hinten; auf den Hinterteilen wird ihnen die Klassifikation des Rassenamtes eingestempelt. Ueber dieses Plakat giften sich nun die Nazis mächtig, und in einer Wählerversammlung in der Harz waldhiedlung bei Karlsruhe kam die Sache zum Vorschein: eine üppig-nackelante Hitler-Wand erhob sich und hielt eine schwungvolle Rede, in der sie mit fürchterlicher Entrüstung gegen die "Gemeinheit" dieses Plakates loszog. Als im Saal ob der drahtlichen Ausstrahlung der Nazi-Amazone ein Lachsturm ausbrach, wurde das Fräulein immer wilder. Sie warf ihre blonden Locken zurück und verfluchte leuchtenden Augens — jeder Zoll eine efflatische Prophetin des Dritten Reiches —: "Ich wäre die erste, die Hitler den Arsch zum Stempeln hinstelle!" In diesem Zeichen wird Hitler siegen: wenn den Nazis auch die Köpfe fehlen, die Masse der Hintern wird es schon machen!

Liebestragödie

In Berlin-Grünwald sprieden in der Nacht zum Dienstag der zwanzigjährige Sohn eines Hoteliers und die achtzehnjährige Tochter eines Bücherrevisors gemeinsam aus dem Leben. Aus zurückgelassenen Briefen geht hervor, daß das Motiv der Tat Lebensüberdruß und Liebeskummer war. Die Eltern versichern, daß einer ehelichen Verbindung ihrer Kinder nichts im Wege gestanden hätte.

Steuerflüchtig

Das Finanzamt Leipzig erließ einen Steuerbefehl Brief hinter dem zuletzt in Leipzig wohnhaften Kaufmann Merien. Die Steuerfahndung des Gefuchten beläuft sich auf 55 000 Mark.

Falschmünzer

In München wurden fünf Mitglieder einer Falschmünzbande festgenommen: ein Landwirt, ein koulmünzener Kellner, ein Optiker, ein Maurermeister und die Witwe eines Sattlers. Die Verhafteten wurden bei der Berausgabeung falscher Zweimarkstücke überrascht.

Heimkehr des Do X

Ende Mai wird das deutsche Kiesen-Flugboot "Do X" von Neu-Südland aus über die Azoren nach Altentheim (Sodensee) zurückfliegen.

Das Alte stürzt...

In Neuf (Rheinland) stürzte der sogenannte Römerturm, ein Wahrzeichen von historischem Wert und malerischer Schönheit, zusammen.

Notlandung eines französischen Flugzeuges an der Obermosel

Gestern mittag um 1/4 Uhr überflogen zwei französische Militärflugzeuge, die aus südlicher Richtung kamen, die deutsche Grenze in der Nähe des Rehlingshofes bei Falzem an der Obermosel. Nachdem sie über dem Hof mehrmals gekrenzt hatten, ging einer der Apparate auf deutschem Boden nieder. Das Flugzeug wurde bei der Landung leicht beschädigt. Der zweite Apparat flog darauf wieder über die Grenze zurück. Landungsbeamte und Polizei waren sofort zur Stelle, nahmen den Piloten fest und hielten den Apparat unter Bewachung. Der Pilot erklärte, von Straßburg gekommen zu sein und sich verirrt zu haben. Die Landung habe wegen Motordefektes erfolgen müssen. Die französische Botschaft trägt die Bezeichnung R. E. 4.

Ein Selbstmörder

In Köln wurde der Rührer eines größeren Hotels verhaftet. Er hatte seit Jahren die Gasse seiner eigenen Person in Königswinter mit giftigen Lebensmitteln "seines" Hotels versorgt. Es wurden im Hotel auch neun Milchbüchse festgestellt; vier von ihnen wurden verhaftet.

"Suble Wamp" frei

Zer zweimal verbotene, nun aber durch wesentliche Schritte Karl von der Leyde löst die "Suble Wamp" von Berlin, Ostend und Eiter. Von der Filmprämie freigegeben werden eine Anzahl "Wamp" mußte jedoch, außerdem mußte der Kontakt zwischen den Verordnungen und dem Gehör eines Arbeiters beseitigt werden.

Schwebende Mastkran

Der Schwebkran bei Hamburg wurde vor Kurzem verhaftet, die innerhalb weniger Tage 23 Zentner Takt über die holländische Grenze nach Hamburg geschleppt. Die Festnahme war durch die Ermittlung eines Schwebkranes möglich, der im Jahr 1931 in Schwebkranen, die die Fahrt von Hamburg nach London mit gemacht hat.

Das Bruderluftschiff

Der neue Zeppelin im Bau - 200000 Kubikmeter Gasinhalt! - Luxus der Luft

Das Luftschiff "Graf Zeppelin" hat seinen dritten diesjährige Südamerikafahrt beendet. Das Luftschiff hat bei seinen drei Fahrten allen technischen und politischen Anforderungen genügt. Auch das restliche Jahresprogramm hofft man nach einem bereits ziemlich genau festliegenden Luftfahrplan bequem durchführen zu können. Anfang 1933 aber erwartet man in Friedrichshafen den ersten Aufstieg des "LZ 129", des Bruderluftschiffes des "Graf Zeppelin".

In der eigens errichteten neuen Friedrichshafener Bauhalle von 250 Meter Länge, 50 Meter Breite und 46 Meter Höhe schreitet die Arbeit rüstig vorwärts. Bei einer Länge von 247,80 Meter ("Graf Zeppelin": 235 Meter, Amerika-Luftschiff "Akron": 238,75 Meter) und bei einem Durchmesser von 41,20 Meter ("Graf Zeppelin": 30,5 Meter, "Akron": 40 Meter) wird "LZ 129" 200 000 Kubikmeter Gas fassen können ("Graf Zeppelin": 105 000 Kubikmeter, "Akron": 184 000 Kubikmeter). Man sieht, daß die Gewinnung eines größeren Gasinhalts nicht so sehr durch Vergrößerung der Luftschiff-Länge als durch Vergrößerung des Luftschiff-Durchmessers bewirkt wird.

Als Treibgas wird "LZ 129" das unentzündliche Heliumgas erhalten. Wegen der Kohlsäure, dieses aus Amerika bezogenen Gases wird außerdem in brandgefährlichen und geschlossenen Gaszellen das billigere Wasserstoffgas noch extra mitgeführt. Außerdem wird die Brandgefahr durch den Einbau von Kohlmotoren (vier Magnadmotoren von je 850 PS.) vermindert. Kohöl ist schwerer entzündbar als Benzin; außerdem verbilligen sich auch die Fahrkosten, weil die durch Kohöl erzeugte Energie besser als Benzin-Energie ausgewertet werden kann.

Attentat

auf einen polnischen Industriellen

Der Generaldirektor der Textillfabriken von Zyrardow, Gafon Koehler-Badin, wurde gestern nachmittag in Warschau auf der Straße von einem abgebauten Studenten der Fabrik erschossen. Der Mörder stellte sich der Polizei.

Die Donauinsel Neu-Orsona überschwemmt

Die rumänische Donauinsel Neu-Orsona ist infolge des heftigen Steigens der Donau von völliger Ueberschwemmung bedroht. Mehrere Stadtviertel stehen vollkommen unter Wasser. Die Bevölkerung hat sich auf die höchstengelegenen Punkte der Insel geflüchtet. Der Verkehr wird nur noch mit Hilfe von Booten aufrecht erhalten. Die türkische Bevölkerung läßt sich trotz Drohens der rumänischen Behörden nicht bewegen, die Insel zu verlassen.

Eine zweite, kleine Insel bei Sititria ist ebenfalls vom Hochwasser bedroht.

Die Ueberschwemmungen haben riesige Sachschäden verursacht und bereits zahlreiche Menschenopfer gefordert. Durch die neuerdings einsetzenden Stürme hat sich die Gefahr von Dammbrüchen, vor allem im Gebiet von Widdin, erhöht.

Kriegsgefangener endlich freigelassen

Der von den Franzosen nach Capenne verschickte deutsche Kriegsgefangene Paul Schwarz ist nach einer Mitteilung der Reichsregierung ehemaliger Kriegsgefangener nach elfjähriger Gefangenenschaft am 24. April in Deutschland angekommen. Schwarz, der im Jahre 1921 zu lebenslänglicher Deportation auf die Inselinsel verurteilt worden war, weil er als in Frankreich geborener Eisäfer den Krieg auf deutscher Seite mitgemacht habe, wurde am 9. März durch den Präsidenten der französischen Republik begnadigt.

Ein neuer Rennwagen verbrannt

Ein von dem französischen Ingenieur Stapp gebautes Automobil, mit dem dieser die Schallgeschwindigkeitsrekorde des Engländers Major Campbell zu schlagen beabsichtigte, ist gestern in St. Kagante in Brand geraten und zerstört worden. Das Automobil, das drei Motoren von 800 PS aufwies und theoretisch eine Stundengeschwindigkeit von 500 bis 600 Kilometer zu erzielen in der Lage gewesen wäre, war auf den Strand befördert worden und Ingenieur Stapp bestieg den Wagen mit einem Kontent. Kaum war er 200 Meter in geringer

Der ruhbare Auftrieb wird mit 88 Tonnen veranschlagt. Diese 88 Tonnen verteilen sich auf 60 Tonnen Brennstoffvorräte, acht Tonnen Gepäd und Post, sechs Tonnen Ballastwasser, vier Tonnen Fahrgeräte (50 Personen), drei Tonnen Ausrüstung, zwei Tonnen Besatzung (25 Mann), zwei Tonnen Trinkwasser, zwei Tonnen Gebrauchswasser, eine Tonne in Rechnung zu stellende Schiffsfeuchtigkeit.

Das Gerippe des Luftschiffs, das aus 16 Hauptringen mit 36 edigem Querschnitt gebildet wird, besteht aus Duraluminium. Die Verfestigung der Hauptringe erfolgt durch Drahtverspannungen. Die aus Stoffbahnen bestehende Hülle wird mehrmals lackiert und mit sogenanntem Aluminiumpulver bestreut: durch diese Bestreuung soll ein Einfluß der Sonnenstrahlung auf das Gas vermieden werden. Die elektrische Steuerbare Rudermaschine — das ist eine besondere technische Neuerung! — soll durch Druckknöpfe ausgelöst werden (die Druckknöpfe lassen einen Elektromotor an; von hier aus werden die Seiltrommeln der Ruderleitung bewegt). Der Führerraum wird am Bugteil des Schiffes, die Funktion über dem Führerraum eingebaut. Die Achtergondel wird durch einen während der Fahrt aufklappbaren Landeboden ersetzt. Die Puffervorrichtung des Landebodens nimmt Landungshöhe auf.

Die Unterkunftsräume für die Mannschaft liegen wie bisher im Kielgerüst. In dem 15 Meter langen Fahrgastraum werden zwei Decks übereinander eingerichtet. Das untere Deck enthält das Schiffsbüro, die Küche, die Offiziersmesse, den Rauchsalon, die Toiletten usw.; das obere trägt 26 Kabinen mit je zwei Betten und einen 14,5 Meter langen und sechs Meter breiten Speiseraum. In den Speiseraum schließt sich seitlich ein Wandelgang an, dessen um 45 Grad geneigte Fenster einen weiten Ausblick zulassen.

Geschwindigkeit gerollt, als plötzlich eine leichte Rauchhahn bemerkt wurde. Stapp und sein Monteur sprangen sofort aus dem Wagen und haben nur leichte Verletzungen erlitten. Der Kraftwagen verbrannte.

Bischof der Aktis

Ein seit 20 Jahren im Polargebiet tätiger französischer Geistlicher, dessen Diözese eine Fläche von 2,5 Millionen Quadratkilometer umfaßt, wurde vom Papst zum "Bischof der Aktis" ernannt. Die "Gemeinde" des Heiligen zählt 3000 Köpfe, um alle seine Getreuen besuchen zu können, ist der neue Bischof stets mit dem Hundeschlitten unterwegs.

Kesselexplosion

In einer größeren Kunstseidenfabrik in Savia (Stalien) explodierten drei Dampfkessel. Mehrere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

Autobuskatastrophe

In der Nähe von Livorno (Stalien) schlug ein Autobus um. 21 Insassen wurden verletzt.

Haubüberfall

In Portsmouth (England) überfielen mehrere Banditen auf offener Straße einen Bankbeamten und raubten ihm seine Aktentasche mit 23 000 Pfund (ungefähr 340 000 Mark) Inhalt. Die Täter entkamen.

Kunst in Flammen

Bei einem Großfeuer in der 500 Jahre alten Haford-Kirche in Aberystwyth (England-Süd-Wales) verbrannten Kunstschätze im Werte von etwa einer halben Million Mark.

Feuer im Kino

Ein großes, erst vor einem Jahre eröffnetes Lichtspielhaus in Manchester wurde auf noch nicht geklärte Weise eingeebret. Personen verunglückten nicht, der Sachschaden beläuft sich auf etwa 50 000 Pfund.

Explosionskatastrophe

In Detroit (Michigan, USA) flogern durch Explosion einer unterirdischen Hauptgasleitung drei Häuser in die Luft. 35 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Tornado in Amerika

Ein Tornado richtete in den beiden kleinen Städten Nashville und Baldozia (Georgia) großen Schaden an. Bäume wurden entwurzelt, Häuser zerstört und die Ernten vernichtet. Bis her sind acht Todesopfer gezählt worden. Eine größere Zahl von Personen wurde verletzt.

Kapitän Kladebush auf der Löwenjagd

Von G. Th. Notman.

(Nachdruck verboten.)



81.

Es war Kapitän Kladebush, alle wieder oben und hatte auch noch ein Abenteuer zu erleben. Bald lag das große Tier beim Baum fest gebunden, neben dem Kapitän, den die Kugel auch schon geschanden hatte, er zu ihm kam. Kladebush machte sich nun an die Arbeit, nur auch für die zwei neuen Gefangenen einen Kasten zu machen. Aber auf einmal rief der Kapitän, er sei schon fertig. Kladebush sah zu ihm hinüber.

82.

Es war unser Freund Utemetuti, der ihnen, von schnellfliegenden Trägern getragen, gefolgt war. "Utemetuti, Jahnweh! Utemetuti, Jahnweh! Weiker Mann helfen!" schrie er. "Das Wägen wird angegriffen haben!" sagte der Kapitän, und mit einer Gekoh, als wenn er in seinem ganzen Leben nichts anderes als Jahnweh gesehen wäre, befiel er: "Ja, dann werden wir den Mann Jahnweh herausziehen müssen!"